

Kritikmagazin

magazin

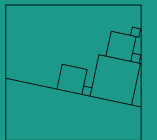
N°3

Universität
Konstanz



Globale Perspektiven auf Ungleichheit

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Globale Perspektiven auf Ungleichheit

*Das Forschungsmagazin
des Exzellenzclusters
„The Politics of Inequality“
an der Universität Konstanz*

6 Editorial
22 News
24 Impressum
52 Perspektiven

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

8 Wenn der Plan sich ändern muss: Geschichten aus dem Feld (A. Asri, V. Asri, A. Hoeffler)

IM WEITWINKEL

12 Fortschritt und Stillstand. Ethnische Ungleichheit im Wandel (N. Bormann)

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

15 Mentoren als Wegweiser: Ein Bildungsexperiment in Kolumbien (S. Fehrlér, U. Fischbacher, A. Hochleitner, G. Schwerdt)

IM GESPRÄCH

18 Die bewegte Gesellschaft. Sebastian Koos über Protest, Politisierung und Solidarität

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

28 „Raus und wählen gehen!“ Politische Appelle – linguistisch betrachtet (M. Butt, W. Siskou)

OPEN DATA

32 Welche Worte führen zu Gewalt? Wie ethnische Organisationen online kommunizieren (F. Gremler)

AUS UNSERER FORSCHUNG

34 Eine Stimme für die Benachteiligten. Wie indigene Organisationen in Ecuador und Peru über Ungerechtigkeit sprechen (L. Haiges, C. Zuber)

AUS UNSERER FORSCHUNG

38 Schock-Polarisierung. Wie Finanzkrisen sich politisch auswirken (G. Schneider, O. Shevchuk)

AUS UNSERER FORSCHUNG

42 Der Süden sieht es anders. Globale Berichterstattung über den Klimawandel (G. Spilker)

AUS UNSERER FORSCHUNG

45 Gemeinschaft mobilisiert: Lokale Partizipation in sozialen Projekten in Afrika (P. Jöst, P. Töbelmann)

AUS UNSERER FORSCHUNG

48 Weniger Rechtsstaat – weniger Hilfe: Die Erosion der Demokratie belastet die europäische Solidarität (M. Heermann, S. Koos, D. Leuffen)



Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.

Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Clusters.

Nils B. Weidmann ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft nicht-demokratischer Staaten an der Universität Konstanz und Co-Sprecher des Clusters.

LIEBE LESER*INNEN

Ungleichheit ist ein globales Problem. Sie manifestiert sich weltweit, für und in verschiedenen Ausprägungen. In der vorliegenden Ausgabe des *In_equality Magazins* möchten wir Ungleichheit daher aus einer globalen Perspektive beleuchten und dies anhand laufender Forschung am Cluster illustrieren. „Global“ heißt einerseits, dass wir Ungleichheit in Regionen und Gruppen untersuchen, die es selten in die Schlagzeilen unserer Tageszeitungen schaffen. „Global“ bedeutet aber auch, dass wir die weltweite Entwicklung von Ungleichheit untersuchen und analysieren, wie sich ihre Wahrnehmung über Zeit und Raum verändert und welche Auswirkungen dies hat.

Wie häufig in der Wissenschaft ist auch in unserer Forschung vieles *work in progress*, und die Beiträge in diesem Heft illustrieren dies. Sozialwissenschaft im Feld bedeutet oft, viel Zeit und Energie in Konzeption und Datenerhebung stecken zu müssen, und dies gilt auch für unsere Projekte. In diesen Werkstattberichten zeigt sich gut, was die Projektteams vor Ort leisten müssen, um Schwierigkeiten zu umschiffen und auf unerwartete Situationen zu reagieren, bis die Analyse und Veröffentlichung der Forschungsergebnisse beginnen können.

Gleichzeitig ist die methodische Vielfalt in der Datenerhebung auch eine unserer großen Stärken, insbesondere bei Forschung im und über den Globalen Süden. Zusammenarbeit mit Organisationen vor Ort ist bei der Durchführung von Interviews und Umfragen wichtig. In anderen Fällen greifen wir auf alternative Datenquellen wie Satellit-

tenbilder von Nachtlichtern zurück. Wieder andere Projekte konzentrieren sich auf digitale Quellen und soziale Medien und nutzen das Internet, um Einblicke in die Rolle von Ungleichheit in der Kommunikation politischer Gruppierungen auf der anderen Seite des Globus zu bekommen.

Die Sammlung vielfältiger und teils sehr großer Datenmengen wird dabei unterstützt von unserem Methods and Data Hub, und erste Datensätze aus dem Cluster werden – im Sinne unserer Open Science Policy – in einem eigens dafür eingerichteten Datenrepositorium öffentlich bereitgestellt. Dazu arbeiten wir eng mit dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim zusammen.

Außerdem erwarten wir in diesen Tagen mit Spannung und Vorfreude unsere bisher größte wissenschaftliche Veranstaltung: Die *In_equality Conference 2022* wird vom 6. bis 8. April dieses Jahres stattfinden. Die Resonanz auf den Call for Papers war überwältigend, und es war eine schwierige Aufgabe, aus 600 hervorragenden Einreichungen eine Auswahl zu treffen. Unser Programm kann sich sehen lassen, mit 60 wissenschaftlichen Vorträgen, einem Eröffnungsvortrag und Podiumsdiskussion mit Steffen Mau, und Keynote-Vorträgen von Stefanie Stantcheva, Catherine de Vries und Jason Stanley. Wir hoffen, viele unserer Gäste vor Ort begrüßen zu dürfen, ermöglichen mit einem Hybrid-Format aber auch die virtuelle Teilnahme am gesamten wissenschaftlichen Programm.

Wir sehen uns im April – am besten hier am See, aber doch zumindest digital! /

Ihre und Eure
MARIUS R. BUSEMEYER,
CLAUDIA DIEHL &
NILS B. WEIDMANN

In die Feldforschung startet man mit Theorien und Hypothesen. Wenn die Situation vor Ort den Erwartungen aber so gar nicht entspricht, heißt es, neue Wege einzuschlagen.



Hier erzählen die Autor*innen, wie sie *ein Forschungsprojekt im Feld de- und rekonstruiert* haben.

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

Wenn der Plan sich ändern muss: *Geschichten aus dem Feld*

(A. Asri, V. Asri, A. Hoeffler)

sie andere Frauen in ihren Gemeinschaften zum Ergreifen von Chancen inspirieren und dazu beitragen, traditionelle Einstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft zu verändern.

In einem groß angelegten Feldversuch im ländlichen Indien wollten wir in Zusammenarbeit mit einem Sozialunternehmen untersuchen, ob und wie Frauen durch die Präsenz weiblicher Sozialunternehmerinnen insofern gestärkt werden können, als es zu Veränderungen im weiblichen Verhalten und in den Einstellungen der indischen Landbevölkerung kommt.

Nach der Literaturdurchsicht, der Analyse von Sekundärdaten, der Projektplanung und vielen Online-Meetings mit einer Partnerorganisation waren wir im Oktober 2021 bereit, mit unserer Feldarbeit und der Datenerhebung in Indien zu beginnen. Der Forschungsplan (im Anschluss an eine qualitative Forschungsphase) sah vor, quantitativ zu untersuchen, wie Frauen sich dazu entschließen, als „Sozialunternehmerinnen“ tätig zu werden, die den Zugang der Bürger*innen zu Sozialleistungen und damit die finanzielle Situation vieler Haushalte verbessern.

Auf Grundlage dieser Daten sollte in einem groß angelegten Feldversuch die Wirkung der Sozialunternehmerinnen auf die herrschenden starren Geschlechternormen untersucht werden. Der Grundgedanke war, dass den Sozialunternehmerinnen aufgrund der Verbesserung der Lebensumstände in ihren Gemeinschaften nicht nur selbst mehr Respekt entgegengebracht wird, sondern dass sie auch andere Frauen dazu inspirieren würden, selbstbewusstere Rollen einzunehmen und die gängigen Einstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft zu ändern.

Auf dem Papier schien alles interessant und überzeugend zu sein. Einmal in Delhi angekommen, erfuhren wir jedoch bei unseren Treffen mit örtlichen Mitarbeiter*innen und anderen Organisationen, die in den Jahren zuvor mit Sozialunternehmerinnen gearbeitet hatten, dass die Realität im ländlichen Indien nicht unseren Erwartungen entsprach. So hatten viele der erfolgreichen Sozialunternehmerinnen bereits eine starke Stellung inne, als sie ihre Arbeit als Sozialunternehmerinnen aufnahmen. Ihre Ermächtigung war somit nicht das Ergebnis ihrer Tätigkeit als Sozialunternehmerinnen. Auch unsere Vorstellung, dass Frauen diese Möglichkeit erkennen, darüber nachdenken und dann beschließen, Sozialunternehmerinnen zu werden, entsprach nicht dem, was in den meisten Fällen vor Ort geschieht. Vielmehr ist es so, dass viele Frauen, die Sozialunternehmerinnen →

↓ In ländlichen Regionen Indiens nicht selbstverständlich: Frauen im Berufsleben.



In vielen Teilen der Welt schränken starre Geschlechternormen die Wahlmöglichkeiten von Frauen ein und hindern sie daran, ihre eigenen beruflichen Ziele zu verfolgen und wirtschaftliche Chancen wahrzunehmen. Dies trägt zugeschlechtspezifischen ökonomischen und sozialen Ungleichheiten bei. Die Vereinten Nationen haben diese Barriere auf dem Weg zu Gleichberechtigung und Entwicklung erkannt. Als eine von sieben „Triebkräften des Wandels“ fordert das UN High Level Panel on Women's Economic Development, „negative Normen zu bekämpfen und positive Vorbilder zu fördern“. Wenn Frauen beginnen, die herrschenden Geschlechternormen zu brechen und als Vorbilder zu agieren, können



Ankush Asri ist Postdoctoral Researcher am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz und am Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI).

10



Anke Hoeffler ist Professorin für Entwicklungspolitik an der Universität Konstanz und PI des Clusters.



Viola Asri ist Postdoctoral Researcher am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz und am Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) sowie PI des Clusters.

werden, von lokalen Entscheidungsträgern wie Dorfvorstehern oder Mitgliedern der Kommunalregierung für diese Rolle vorgeschlagen werden. Es ist bekannt, dass sie für diese Arbeit zur Verfügung stehen – und weil die Verantwortlichen vor Ort sie dafür im Blick haben, sind sie bereits gestärkt.

Noch eine weitere Diskrepanz zwischen unseren Erwartungen und der Situation vor Ort tat sich auf. Frauen, die zum Teil über andere Kanäle wie Selbsthilfegruppen oder Nichtregierungsorganisationen zum Sozialunternehmertum gekommen waren, taten sich aus verschiedenen Gründen schwer damit. Durch die herrschenden starren Geschlechternormen

sind sie zum Teil in ihrer Mobilität eingeschränkt, und manchen von ihnen fällt es schwer, mit vielen verschiedenen, ihnen unbekanntem Haushalten in Kontakt zu treten. Und bei der Unterstützung sehr armer Haushalte oder ihnen nahestehender Personen war es für sie schwierig, ein Honorar zu verlangen, das sie eigentlich hätten verlangen müssen. Dadurch wurde der ohnehin schon geringe Verdienst der Sozialunternehmerinnen noch weiter reduziert. Selbst wenn die Haushalte das Honorar zahlen konnten, fehlte ihnen möglicherweise das Vertrauen in dieses neue Modell der Unterstützung durch eine Sozialunternehmerin, und selbst ein geringes Honorar im Voraus für ein ungewisses Ergebnis zu zahlen, ließ sie zögern.

Durch diese Einblicke in die Realitäten vor Ort wurde die Untersuchung der Selbstselektion für die Arbeit als Sozialunternehmerin weniger interessant und weniger relevant. Außerdem mussten wir überdenken, inwieweit der größere Feldversuch Sinn ergeben würde, wenn erfolgreiche Sozialunternehmerinnen entweder bereits für ihre stärkere Stellung bekannt waren oder wenn sie aufgrund der genannten Herausforderungen nur für kurze Zeit als Sozialunternehmerin tätig waren.

Nach all den Vorbereitungen, die wir in das Projekt gesteckt hatten, waren wir zwar enttäuscht, mussten aber der Tatsache ins Auge blicken, dass die Dinge nicht liefen wie geplant. Dennoch waren wir entschlossen, unsere Arbeit zur Stärkung der Rolle der Frau und zu den Triebkräften des gesellschaftlichen Wandels fortzusetzen. Bei zahlreichen Treffen mit verschiedenen Akteur*innen entdeckten wir mögliche Triebkräfte des Wandels in vielen anderen Bereichen – zum Beispiel erfolgreiche berufstätige Frauen, die heranwachsende Mädchen dazu inspirieren können, ihre Ziele zu verfolgen, oder Jugendliche, die sich in ihren Gemeinden für Gleichstellung einsetzen. Nicht zuletzt gibt es auch Männer, die sich aktiv für die Stärkung von Frauen einsetzen, etwa indem sie auf dem indischen Heiratsmarkt eine Vorliebe für berufstätige Ehefrauen äußern. Denn dieser Markt findet zum Teil online statt, Familien stellen Profile ins Netz, um Ehen zu arrangieren.

Bei der Neuausrichtung unserer Forschungspläne arbeiten wir weiterhin mit solchen Akteur*innen des gesellschaftlichen Wandels zusammen. Die Hauptidee besteht darin, entweder Dritte direkt mit den Akteur*innen des Wandels in Kontakt zu bringen oder bestehende Akteur*innen zu fördern. Derzeit entwickeln wir einen Teil



↓ In der nachwachsenden Generation könnte ein Wandel der Geschlechternormen einsetzen

des Projekts, indem wir untersuchen, ob die Begegnung von Sekundarschülerinnen mit erfolgreichen berufstätigen Frauen die Ambitionen und Motivation ersterer steigern kann, ihre Ausbildung fortzusetzen, und ihnen schließlich hilft, ihre beruflichen Ziele zu verfolgen. In einem zweiten Teil des Projekts werden wir uns mit jugendlichen Peer Leaders beschäftigen, die in ihren Gemeinden die Gleichstellung voranbringen. Wir werden versuchen zu verstehen, wie mehr (männliche und weibliche) Jugendliche dazu bewegt werden können, Peer Leader zu werden, wie man ihr Engagement verstetigt, und wie man die Wirksamkeit ihrer Arbeit erhöht. In einem dritten Projekt untersuchen wir, inwiefern der indische Markt für arrangierte Ehen die Erwerbsbeteiligung von Frauen beeinflusst. Gemäß der traditionellen gesellschaftlichen Norm sind Frauen ausschließlich für Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig, und auf dem Online-Markt für arrangierte Ehen sind Frauen erwiesenermaßen im Nachteil, wenn

sie signalisieren, nach der Heirat arbeiten zu wollen. Wir werden jedoch untersuchen, inwieweit Frauen auf dem Heiratsmarkt auf Männer reagieren, die ihren Wunsch nach einer berufstätigen Ehepartnerin signalisieren. Es könnte sein, dass einzelne Männer, die ihre Frauen bei deren beruflichen Ambitionen unterstützen, am Ende doch zu einer langsamen Veränderung der Geschlechternormen beitragen.

Unsere Projekte zur Stärkung der Rolle der Frau haben viele Veränderungen durchlaufen – wir berichten weiter, wenn es Neues gibt! /

Fortschritt und Stillstand.

Ethnische Ungleichheit im Wandel

(N. Bormann)

12

Nils-Christian Bormann beleuchtet zahlreiche Aspekte ethnischer Ungleichheit innerhalb von Staaten. Gemeinsam mit Kolleg*innen aus Deutschland und der Schweiz erforscht er das *Ausmaß regional unterschiedlicher ethnischer Ungleichheiten und sucht nach ihren Gründen.*

Wohlstandsunterschiede oder Diskriminierung durch staatliche Stellen aufgrund sprachlicher, religiöser oder ethnischer Merkmale sind überall auf der Welt weit verbreitet. Für die meisten Schlagzeilen hat in den letzten Jahren wohl der strukturelle Rassismus gegen Schwarze in den USA gesorgt. Weniger bekannte Entwicklungen wie der Versuch, Muslim*innen in Indien das Wahlrecht zu entziehen, oder die wirtschaftliche Kluft zwischen den Tsonga und Shona sprechenden Bevölkerungsteilen in Mosambik gehören zu den vielen Fällen, in denen ethnische Gruppen politisch unterrepräsentiert sind und ein geringeres Durchschnittseinkommen beziehen. Diese Arten von Ungleichheit befördern verschiedene nachteilige Konsequenzen wie wirtschaftliche Unterentwicklung, Zusammenbruch der Demokratie und schlechte Staatsführung bis hin zu ethnischen Bürgerkriegen. Sie untergraben nicht nur das normative Ideal der Chancengleichheit, sondern bedrohen auf lange Sicht die Stabilität von Staaten und sogar ganzen Regionen.

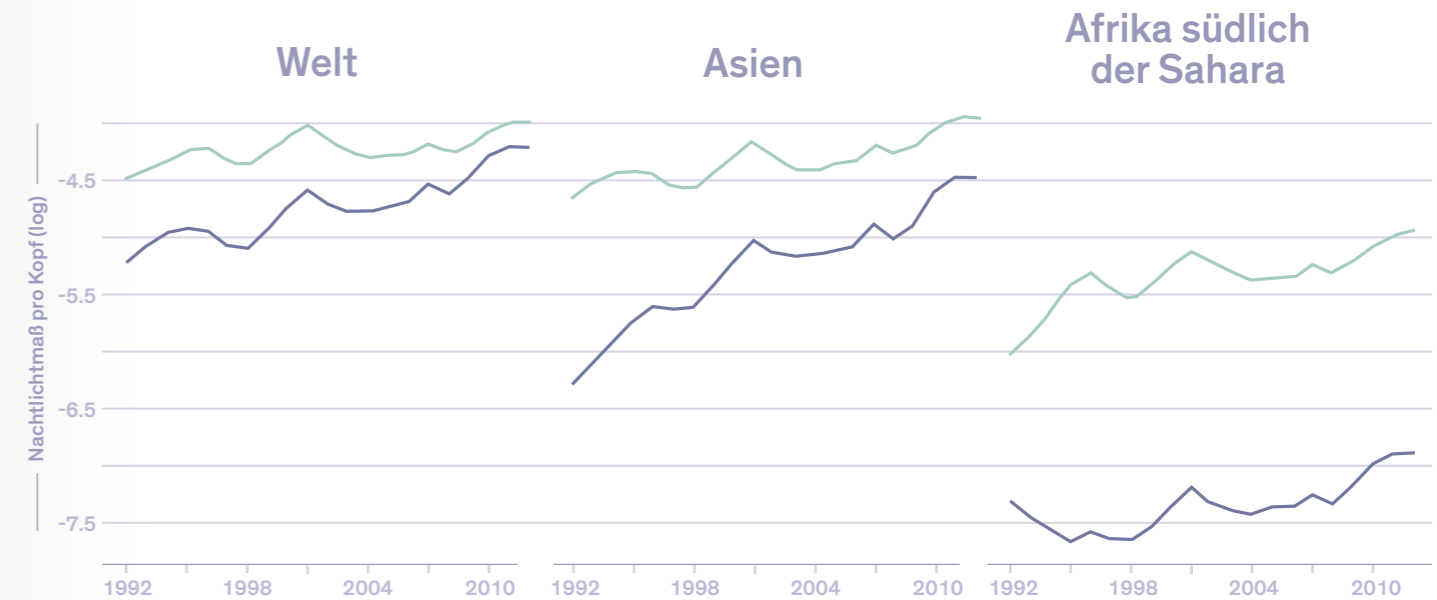


Abbildung 1: Ethnische Ungleichheit in verschiedenen Regionen

Wohlstandsungleichheit – gemessen durch Nachtlichtemissionen – zwischen politisch eingebundenen und politisch ausgeschlossenen ethnischen Gruppen.

- eingebunden
- ausgeschlossen

Ethnische wirtschaftliche Ungleichheit

Die meisten bisherigen wissenschaftlichen Studien sind pessimistisch, was die Verringerung gruppenbezogener Ungleichheiten angeht; gruppenbezogene wirtschaftliche Ungleichheiten werden als hartnäckig und eng mit jahrhundertaltem Rassismus verknüpft betrachtet. Eine gemeinsame Studie von Forschenden der Universität Konstanz, der ETH Zürich und der Universität Witten/Herdecke liefert jedoch einige ermutigende Erkenntnisse. Dabei wurden gruppenbezogene Ungleichheiten auf globaler Ebene und im Zeitverlauf von 1992 bis 2012 anhand von Satellitenbildern analysiert, die die nächtlichen Lichtemissionen als Indikator für wirtschaftliche Aktivität messen (weitere Informationen: G. Theunissen, N. B. Weidmann: „Bei Licht betrachtet“, *In_equality Magazin* 02, S. 16-21). Unser besonderes Interesse galt der Ungleichheit in den Siedlungsgebieten verschiedener ethnischer Gruppen innerhalb desselben Staates.

Bei der Durchsicht unserer Daten stellten wir zu unserer Überraschung fest, dass die ethnische Ungleichheit weltweit zu sinken scheint – mit der deutlichen Ausnahme der afrikanischen Staaten südlich der Sahara, hier nimmt sie zu (s. Abbildung 1).

Bei der Suche nach Antworten auf die Frage, warum sich die Ungleichheitstrends in asiatischen und afrikanischen Staaten so stark

unterscheiden, muss nach unserer Auffassung die Fähigkeit von Staaten zur Umverteilung der Gewinne aus dem (globalisierten) Handel betrachtet werden. Die Globalisierung hat zu Wohlfahrtszuwächsen für Millionen von Menschen geführt, die aus der Armut geholt wurden. Doch diese Gewinne aus dem Handel waren ungleich verteilt. In einigen Staaten wurden sie nur an Gruppen verteilt, die der Regierung nahestanden, während in anderen Ländern alle Gruppen davon profitierten, manchmal insbesondere die wirtschaftlich rückständigen. Dieser Unterschied erklärt sich aus der Leistungsfähigkeit staatlicher Akteur*innen. Starke Institutionen können die schlimmsten Auswüchse ethnischer Klientelpolitik – d. h. die Umverteilung von Ressourcen an Mitglieder der gleichen Ethnie – eindämmen und es den Regierungen ermöglichen, ethnischen Minderheiten in wirtschaftlich rückständigen Regionen zu helfen. Die Institutionen in den asiatischen Staaten waren dazu besser in der Lage als die in den Ländern Afrikas südlich der Sahara. →

13

Ethnische politische Ungleichheit

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Frage, ob ethnische Gruppen in die zentralen staatlichen Institutionen eingebunden oder davon ausgeschlossen wurden – ein wichtiges Forschungsgebiet für die Politikwissenschaft. Unterschiede in der Repräsentation wirken sich auf die gruppenbezogene ökonomische Ungleichheit aus, haben aber auch direkte negative Folgen: Sie hemmen die Demokratisierung und erhöhen das Risiko von Bürgerkriegen.

Als Mittel gegen politische Ungleichheiten zwischen ethnischen Gruppen werden in der Politikwissenschaft seit langem verschiedene institutionelle Maßnahmen diskutiert, zum Beispiel für Minderheiten reservierte Sitze in den Parlamenten, eine Neueinteilung der Wahlbezirke, die Minderheiten überproportional begünstigt, und sogar eine garantierte Vertretung im Kabinett mit Vetorecht in sensiblen Politikbereichen. Doch solche Regeln halten nicht immer, was sie versprechen. Generell haben demokratische Institutionen kaum eine bessere Erfolgsbilanz als autoritäre Regime, wenn es darum geht, Machtunterschiede zwischen ethnischen Gruppen zu beseitigen.

Doch ähnlich wie die wirtschaftliche Ungleichheit ist auch die politische Ungleichheit in Form von staatlicher Repräsentation ethnischer Minderheiten seit dem Ende des Kalten Krieges zurückgegangen. Die verschiedenen Messgrößen für ethnische politische Ungleichheit weisen alle in dieselbe Richtung. Abbildung 2 zeigt die Häufigkeit multiethnischer Koalitionen (dunkle Balken) sowie die Häufigkeit der Jahre, in denen Länder während und nach dem Kalten Krieg von Vertreter*innen von mehr als einer ethnischen Gruppe regiert wurden

(hell). Beide Maße zeigen deutliche Verbesserungen in der ethnischen Vertretung vor und nach 1990. Die größten Fortschritte in Richtung Gleichberechtigung wurden in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara erzielt, wo viele Regierungen nach dem Ende des Kalten Krieges weit weniger ethnisch exklusiv wurden. Im Gegensatz dazu hat sich bei den Regierungen in Nordafrika und im Nahen Osten das hohe Niveau der ethnischen Ausgrenzung und Diskriminierung seit 1990 kaum verringert.

Für diese Dynamik hin zu mehr politischer Gleichheit nach dem Kalten Krieg gibt es zwei Darstellungen. In der eher wohlwollenden Erzählung wird betont, wie das Ende der Rivalität der Supermächte die Pattsituation im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) auflöste. In der Folge entsandte der UN-Sicherheitsrat zahlreiche Friedensmissionen, insbesondere in Länder südlich der Sahara. Diese Missionen beendeten laufende gewaltsame Konflikte, verhinderten einige neue und setzten stärker multiethnisch geprägte Regierungen ein. Mit der Ausbreitung von durch UN-Friedenstruppen gesicherten Abkommen zur Teilung der Macht nahm die politische Ungleichheit zwischen ethnischen Gruppen ab.

Eine andere Sichtweise basiert auf Machtpolitik: Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde die militärische und finanzielle Unterstützung der Supermächte für ethnisch sehr exklusive Regierungen eingestellt. Ohne die Mittel, sich gegen inländische Oppositionsgruppen zu verteidigen, mussten diese Regierungen ihre Basis in der Bevölkerung verbreitern, indem sie Anführer anderer ethnischer Gruppen in ihre Regierungskoalitionen aufnahmen. Anstatt zu riskieren, bei Wahlen oder gewaltsamen Konflikten gestürzt zu werden, bildeten die Machthaber größere Koalitionen, um ihr eigenes Überleben im Amt zu sichern.

Ob der weltweite Trend zu mehr ethnischer Gleichheit anhält, bleibt abzuwarten. Ein erneuter globaler Wettbewerb um Einfluss zwischen einem aufstrebenden China und den USA könnte diese Entwicklung umkehren. /



Nils-Christian Bormann ist Professor für International Political Studies an der Universität Witten-Herdecke und war 2021 External Senior Fellow am Cluster.

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

Mentoren als Wegweiser: Ein Bildungsexperiment in Kolumbien

(S. Fehrl, U. Fischbacher, A. Hochleitner, G. Schwerdt)

Die Coronakrise hat manchen Sozialwissenschaftler*innen neue Forschungsmöglichkeiten geboten – und andere ausgebremst. Unbeirrt von diesen Verzögerungen haben die Autor*innen ein Programm in Bogotá, Kolumbien, auf den Weg gebracht. Sie untersuchen, ob persönliches Mentoring durch Studierende benachteiligten Jugendlichen bessere Bildungs- und Karriereaussichten bieten kann.

In vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen haben Kinder aus weniger wohlhabenden Familien Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt. Dies ist eine der Hauptursachen für ökonomische Ungleichheit im Lebensverlauf. Zu diesen Ländern zählt auch Kolumbien. In Bogotá, der größten Stadt und Hauptstadt Kolumbiens, ist fast die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im informellen Sektor beschäftigt, wobei die meisten dieser Menschen in den ärmeren Vierteln der Stadt leben. Die Jugendlichen an den staatlichen Schulen in diesen Vierteln bekommen oft kaum elterliche Unterstützung bei den Schularbeiten. Außerdem, und dies ist genauso wichtig, fehlt es ihnen an helfenden Vorbildern, die sie dazu inspirieren, der Armut durch höhere Bildungs- und Berufsziele zu entkommen.

Was kann getan werden, um die familiäre Benachteiligung Heranwachsender in Kolumbien zu mildern? Neuere Erkenntnisse aus Industrieländern zeigen, dass benachteiligte Schüler*innen hinsichtlich ihrer Kompetenzentwicklung und Arbeitsmarktorientierung stark von der Teilnahme an persönlichen Mentoring-Programmen profitieren. In einem Entwicklungsland mit einem hohen Anteil an Schulabgänger*innen, denen der Übergang in den geregelten Arbeitsmarkt nicht gelingt, könnte ein persönliches Mentoring sogar noch wirksamer sein. Bislang gab es jedoch noch keine Belege für die Wirksamkeit von Mentoring-Programmen in Entwicklungsländern im Allgemeinen und in Kolumbien im Besonderen. →

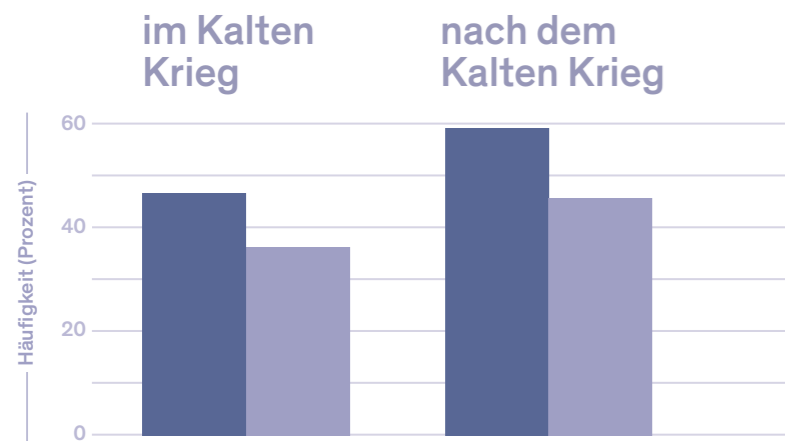


Abbildung 2: Wie häufig koalieren verschiedene ethnische Gruppen?

- Anzahl Koalitionen
- Jahre in der Koalition

Von der ersten Idee zum Feldversuch

In Kolumbien gibt es eine Vielzahl von Projekten, die sich an Kinder und Jugendliche richten. Persönliches Mentoring ist dabei jedoch normalerweise nicht als Baustein vorgesehen. Inspiriert von bestehenden Angeboten in Deutschland und den USA beschlossen wir, ein eigenes Mentoring-Programm aufzulegen. Dazu haben wir uns mit Wissenschaftler*innen aus Kolumbien zusammengetan. Gemeinsam entwickelten wir die Idee, unter dem Namen „MÁS ALLÁ DE ONCE“ („Nach der Elften“) ein Mentoring-Programm für benachteiligte Jugendliche in Bogotá aufzubauen.

Die Idee ist einfach: Über das Programm nehmen benachteiligte Jugendliche regelmäßig Kontakt zu Studierenden auf, die dann jeweils die Rolle eines persönlichen Mentors oder einer persönlichen Mentorin übernehmen. So erweitert das Programm das soziale Netzwerk der Mentees. Ziel ist es, eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen und die teilnehmenden Jugendlichen dabei zu unterstützen, sich Ziele für ihr Leben nach der Schule zu setzen und die notwendigen Schritte zur Erreichung dieser Ziele zu identifizieren. Dazu sollen sich Mentor*innen und Mentees etwa ein Jahr lang regelmäßig zu Einzelgesprächen treffen, und zwar in einer entscheidenden Lebensphase der Mentees: dem Jahr vor der zentralen kolumbianischen Abschlussprüfung, dem SABER 11-Examen.

Die Wirksamkeit des Programms wird wissenschaftlich evaluiert. Der Schlüssel zur Bestimmung kausaler Effekte ist dabei die randomisierte Aufnahme in das Programm. Wir folgen hierbei einer üblichen Praxis und vergeben die Plätze in unserem übernachgefragten Programm durch eine Aufnahmelotterie. Als Zielgröße streben wir insgesamt etwa 600 Schüler*innen in drei Schulabgangsjahrgängen an. Unsere Studie umfasst Jugendliche, die in das Programm aufgenommen wurden, ebenso wie solche, die nicht aufgenommen wurden. Da die Plätze nach dem Zufallsprinzip vergeben werden, können wir die Wirksamkeit des Programms direkt bewerten, indem wir die durchschnittlichen zukünftigen Resultate in den beiden Gruppen der aufgenommenen und nichtaufgenommenen Schüler*innen vergleichen. Unsere wichtigsten Ergebnisse zur Bewertung der Wirksamkeit des Programms sind die SABER-11-Ergebnisse der Schüler*innen, ihre Ambitionen, ihr psychisches Wohlbefinden und ihre *soft skills*. Auch mehrere mittelfristige Ergebnisse, wie z. B. die Wahl des tertiären Bildungsweges, nehmen wir in den Blick.

Die Vorbereitungen für das Programm starteten im Frühjahr 2018. Der erste wichtige Schritt bestand darin, Beziehungen zu Partnern vor Ort aufzubauen. Einige Monate und viele Meetings später begannen wir erfolgreich eine Zusammenarbeit mit Fe y Alegría (Glaube und Freude), einer Partnerorganisation der Caritas Schweiz, die mehrere staatliche Schulen in Bogotá verwaltet. Sie erlaubten uns nicht nur, das Programm in ihren Schulen zu bewerben, sondern wurden auch zu einem zentralen Partner für das gesamte Projekt. Einer ihrer Schulpädagogen erklärte sich bereit, uns bei der Organisation von Schulungen zu unterstützen und die Mentor*innen während des gesamten Programms zu begleiten.

Nachbesserungen und praktische Herausforderungen

Der Aufbau eines eigenen Programms ermöglichte uns zwar einen passgenauen Zuschnitt auf unsere wissenschaftlichen Interessen und Bedürfnisse, brachte aber auch große praktische Herausforderungen mit sich. Wie können Mentor*innen und Mentees gewonnen werden? Welche Art von Schulung ist nötig? Wie kann sichergestellt werden, dass Mentor*innen und Mentees ein sicheres Umfeld vorfinden? Die Beantwortung dieser Fragen war ein andauernder Prozess, der ohne unsere Partner vor Ort nicht möglich gewesen wäre. Außerdem haben wir das Programm anhand von Erkenntnissen aus einer kleinen, im Oktober 2018 mit 11 Mentor*in-Mentee-Paarungen durchgeführten Pilotstudie getestet und verbessert. Die Ergebnisse der Pilotstudie zeigten, dass wir die Kommunikation mit Schulen und Eltern verbessern und die Struktur unserer Schulungen und Gruppentreffen anpassen müssen.

Im Herbst 2019 waren wir schließlich so weit, das Programm in größerem Maßstab umzusetzen. Doch wie man sich vorstellen kann, war der Zeitpunkt unglücklich gewählt. Wie viele andere Forschungsprojekte wurden auch wir vom Ausbruch der Coronapandemie überrascht. Der Anstieg der COVID-19-Fälle in Kolumbien zwang uns, das Programm zu unterbrechen und die Mentoring-Sitzungen um Monate zu verschieben. Darüber hinaus verhinderten die Schließung der Schulen und die Entscheidung der kolumbianischen Regierung, die Abschlussprüfung zu verschieben, eine vollständige Umsetzung unserer Befragung. Wir passten uns der neuen Situation an, indem wir die Elftklässler*innen des Jahres 2019 als zusätzliche Pilotstudienkohorte aufnahmen. Obwohl die Kohorte das Programm nicht beendete, konnten wir zusätzliche Erkenntnisse über Datenerhebung und die Rekrutierung von Teilnehmenden sammeln. Auch darüber, wie Mentor*innen und Mentees motiviert werden können, wenn die meisten Interaktionen nur virtuell stattfinden, haben wir viel gelernt.

Nächste Schritte

Mit der Wiedereröffnung der Schulen konnte im Oktober 2021 endlich die erste vollständige Kohorte unseres Programms ins Feld gehen. Die Gruppe umfasst 84 Jugendliche. Außerdem konnten wir unser Netzwerk erweitern – aktuell bieten wir das Programm an 12 staatlichen Schulen in Bogotá an. Angesichts der sich schnell ändernden Vorschriften finden die Treffen nun sowohl persönlich als auch online statt. Wir sind sehr gespannt, wie sich das Programm in den kommenden 12 Monaten entwickeln wird. Mit etwas Glück können wir im Herbst dieses Jahres Daten für eine erste Evaluation erheben. /



Sebastian Febrler ist Professor für Ökonomie der Sozialpolitik am SOCIUM, Universität Bremen, und ein ehemaliger PI des Clusters.



Urs Fischbacher ist Professor für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Konstanz und PI des Clusters.



Anna Hochleitner ist Doctoral Researcher an der School of Economics der Universität Nottingham.



Guido Schwerdt ist Professor für Public Economics an der Universität Konstanz und PI des Clusters.

IN_EQUALITY Herr Koos, was bedeutet der Wechsel von der Politikwissenschaft in die Soziologie für Sie?

SEBASTIAN KOOS Im Grunde ist es kein Wechsel oder gar Neuanfang. Seit dem Studium verbinde ich Ansätze aus Soziologie, Politikwissenschaft und Management. Promoviert habe ich in Soziologie, mit Ansätzen der Organisationsforschung. Am Konstanzer Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaft hatte ich zum Glück viele Freiheiten, ich habe immer interdisziplinär gearbeitet. Wenn ich als Professor für Corporate Social Responsibility dann plötzlich etwas über Protestbewegungen gesagt habe, dann hat das manchmal sicher auch für kleinere Irritationen gesorgt (*lacht*). Aber eine sehr gute Zeit war das.

Es ist jetzt aber auch ein schönes Gefühl, in die Soziologie zurückzukommen. Sie ist mir von den Themen und Diskussionen her immer noch ein Stückchen vertrauter. Jetzt ist der soziologische Blick wieder zurück, die Breite der soziologischen Fragestellungen, und sich von den Fachkolleg*innen inspirieren zu lassen, ist großartig. →

19

IM GESPRÄCH

Die bewegte Gesellschaft.

Sebastian Koos

18 über Protest, Politisierung und Solidarität

(Gespräch: P. Töbelmann)

Einmal Politikwissenschaft und zurück: Der Soziologe Sebastian Koos wechselte 2021 vom Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaft auf die Cluster-Juniorprofessur mit Tenure Track für Soziologie mit dem Schwerpunkt soziale Bewegungen. Hier erklärt er im Interview, was ihn an sozialen Bewegungen so fasziniert und was Solidarität in der Krise für ihn bedeutet.

↓ Sebastian Koos



„Soziale Ungleichheit hat als Thema einen ungeheuer wichtigen Gegenwartsbezug.“

20

Was macht man als Professor für Soziologie mit Schwerpunkt soziale Bewegungen?

Wichtig finde ich, dass es eben nicht „nur“ um soziale Bewegungen geht. Das Thema ist in seiner Natur schon sehr interdisziplinär. Ich will einen soziologischen Blick auf Protest und soziale Bewegungen entwickeln. Dabei will ich vor allem besser verstehen, wo verschiedene Arten von Protest herkommen, unter welchen Bedingungen er entsteht. Das ganze interessiert mich sozusagen im ganz großen und im ganz kleinen Maßstab: Ich möchte komparativ arbeiten und Ländervergleiche anstellen. Aber auch die individuelle Ebene finde ich ganz wichtig: Welche sozialen Prozesse bringen einzelne Menschen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Biografie dazu, auf die Straße zu gehen?

Soziale Bewegungen sind allerdings mehr als Protest. In meiner bisherigen Arbeit ging es beispielsweise darum, wie soziale Bewegungen auf Unternehmen und Handelsketten Einfluss nehmen. Die Bewegungsforschung war dafür ein passender Ansatz, obwohl es um ökonomische Akteur*innen ging und das Ganze auf Märkten stattfand: normativer Druck von Bewegungen auf Märkte.

Wie sieht nun also das kommende Forschungsprogramm aus, was werden die nächsten Jahre bringen?

Ich habe da zwei wichtige Bausteine und eine Idee, für die ich hoffentlich auch Zeit finden werde. Der erste Baustein ist die Frage nach gesellschaftlicher Solidarität – letzten Endes ist das ja eine Grundfrage der Soziologie: Was hält die Gesellschaft zusammen? Ich will untersuchen, wann wir von Solidarität sprechen können, und welche Prozesse die Bereitschaft erzeugen, anderen ohne Profit oder Gegenleistung zu helfen. In Zeiten der Krise, gleich ob Finanz-, Flüchtlings- oder Coronakrise, lässt sich das besonders gut beobachten.

Beim zweiten Thema kommt der Exzellenzcluster ganz stark ins Spiel: Da geht es um die Frage, wie Ungleichheiten in Protest münden, mit einem besonderen Fokus auf dem Klimawandel als Gegenstand von sozialen Bewegungen. Ich arbeite ja schon zu Bewegungen, die den Klimawandel in Westeuropa thematisieren. Ich will künftig mehr in die Länder des globalen Südens hineingehen und habe dazu auch ein Projekt mit Gabriele Spilker, der Professorin für Internationale Politik und Globale Ungleichheit am Cluster. Dort wollen wir Bewegungen unter

denjenigen untersuchen, die vom Klimawandel in besonders starkem Maß betroffen sind. Wir fragen uns vor allem: Haben die Betroffenen die Möglichkeit, sich durch soziale Bewegungen Gehör zu verschaffen und so konstruktiv mit ihrer Situation umzugehen?

Die dritte Idee – das ist allerdings noch Zukunftsmusik – ist eine Untersuchung der individuellen biografischen Folgen der Teilnahme an sozialen Bewegungen. Da geht es dann um Konzepte von individueller Politisierung und gegebenenfalls Radikalisierung.

Welche Rolle spielt der Cluster für Ihre Arbeit?

Der Cluster hat vor allem einen unglaublichen Möglichkeitsraum geschaffen. Hier konnte ich größere und auch riskantere Forschungsprojekte auf den Weg bringen, als das sonst möglich gewesen wäre, beispielsweise das interdisziplinäre Projekt „Integration

at Work“, und natürlich auch das neue Projekt zum Klimawandel.

Außerdem erlaubt der Cluster mit seinen Ressourcen auch einmal kurzfristigere Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen, etwa beim Befragungsprogramm zur Coronakrise, das zu Beginn der Pandemie blitzschnell aufgelegt wurde. Damit kann man an der Schnittstelle zur Gesellschaft einen Beitrag leisten. Soziale Ungleichheit hat als Thema ja einen ungeheuer wichtigen Gegenwartsbezug. Ich glaube, dass wir aus dem Cluster wichtige Impulse liefern können und teils auch zu einer guten, informierten, sachlichen Debatte beitragen können. Und gleichzeitig ist das für uns als Forscher*innen natürlich auch ein ungeheurer Mehrwert. /

21

PUBLIZIERT

Veröffentlichungen aus dem Cluster
(Auswahl, erschienen Oktober 2021 – März 2022)

**Ariane Bertogg, Tiziana Nazio,
Susanne Strauß** (2021)

Work-Family Balance in the Second Half of Life: Caregivers' Decisions Regarding Retirement and Working Time Reduction in Europe. *Social Policy and Administration* 55 (3): 485–500. <https://doi.org/10.1111/spol.12662>



Marius R. Busemeyer
← (2021)

Financing the Welfare State in Times of Extreme Crisis: Public Support for Health Care Spending During the COVID-19 Pandemic in Germany. *Journal of European Public Policy* 29 (3). <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1977375>

Claudia Diehl, Christian Hunkler (2022)
Vaccination-Related Attitudes and Behavior Across Birth Cohorts: Evidence From Germany. *PLOS ONE* 17 (2). <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0263871>

Aina Gallego, Thomas Kurer (2022)
Automation, Digitalization, and Artificial Intelligence in the Workplace: Implications for Political Behavior. *Annual Review of Political Science* 25. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-051120-104535>

**Elena Gerdiken, Max Reinwald,
Florian Kunze** (2021)
Outcomes of Technostress at Work: A Meta-Analysis. *Academy of Management Proceedings* 2021 (1): 11807. <https://doi.org/10.5465/AMBPP.2021.11807abstract>

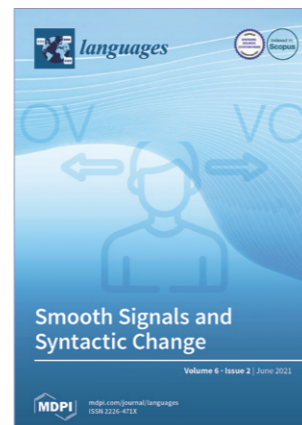
Katharina Hecht (2021)

„It's the Value That We Bring": Performance Pay and Top Income Earners' Perceptions of Inequality. *Socio-Economic Review*. <https://doi.org/10.1093/ser/mwab044>

**Philip J. Howe, Edina Szöcsik,
Christina I. Zuber** (2021) →
Nationalism, Class, and Status: How Nationalists Use Policy Offers and Group Appeals to Attract a New Electorate. *Comparative Political Studies*, August. <https://doi.org/10.1177/001041402111036033>



**Pooyan Khashabi, Tobias Kretschmer,
Nick Zubanov, Matthias Heinz,
Guido Friebel** (2021)
Market Competition and the Effectiveness of Performance Pay. *Organization Science* 32 (2): 334–51. <https://doi.org/10.1287/orsc.2020.1392>



← **Tanja Kupisch,
Nadine Kolb,
Yulia Rodina,
Olga Urek** (2021)
Foreign Accent in Pre- and Primary School Heritage Bilinguals. *Languages* 6 (2): 96. <https://doi.org/10.3390/languages6020096>

**Thomas Kurer,
Briitta van Staalduinen** (2022)
Disappointed Expectations: Downward Mobility and Electoral Change. *American Political Science Review*, 1-17. <https://doi.org/10.1017/S0003055422000077>



← **Max Reinwald,
Johannes Zaia,
Florian Kunze**
(2022, in press)
Shine Bright Like a Diamond: When Signaling Creates Glass Cliffs for Female Executives. *Journal of Management*.

**Katrin Schmelz,
Samuel Bowles** (2022, in press)
Opposition to Voluntary and Mandated COVID-19 Vaccination as a Dynamic Process: Evidence and Policy Implications of Changing Beliefs. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* (PNAS) 119.

**Nils B. Weidmann,
Gerlinde Theunissen** (2021)
Estimating Local Inequality from Nighttime Lights. *Remote Sensing* 13 (22). <https://doi.org/10.3390/rs13224624>

**Felix Wolter,
Andreas Diekmann** (2021)
False Positives and the „More-is-Better“ Assumption in Sensitive Question Research: New Evidence on the Crosswise Model and the Item Count Technique. *Public Opinion Quarterly* 85(3): 836–863. <https://doi.org/10.1093/poq/nfab043>



Susanne Garritzmann
„Education Systems and Political Inequality – How Educational Institutions Shape Turnout Gaps“. Februar 2021, *Universität Konstanz*.



Nona Bledow
„Labor Unions in the Contemporary Welfare State: Preferences, Salience, Positions“. September 2021, *Universität Konstanz*.



Nadja Wehl
„Unemployment and Labour Market Policy Attitudes. Political Predispositions, Economic Self-Interest, and Questions of Causality“. November 2021, *Universität Bamberg*.

Vorstand

Prof. Dr. Marius R. Busemeyer (Sprecher)
Prof. Dr. Claudia Diehl (Co-Sprecherin)
Prof. Dr. Nils B. Weidmann (Co-Sprecher)

Geschäftsführung

Jessica Haase

Universität Konstanz

Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Redaktion

Dr. Paul Stoop
Dr. Paul Töbelmann
Prof. Dr. Nils B. Weidmann

Korrektorat

Susanne Darabas

Übersetzung

Carsten Bösel

Gestaltung

yella park, Aachen

Druck

Druck & Verlag Kettler GmbH, Bönen

Texte in Absprache mit der Redaktion
frei zum Nachdruck.

Online-Version und Abonnement

<https://ungleichheit.uni.kn/magazin>

Der Exzellenzcluster „The Politics of Inequality. Perceptions, Participation and Policies“

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, ungerecht verteilte Bildungschancen, der weltweite Aufstieg von Populisten, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

Der Exzellenzcluster dankt der Universität Konstanz und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ihre Förderung und Unterstützung.

Gefördert durch:



inequality.uni.kn @EXCInequality

Bildnachweise

- S. 6 Ines Janas
- S. 8/9/11 Viola Asri
- S. 10 Ines Janas (Asri, Asri), Inka Reiter (Hoeffler)
- S. 14 Privat
- S. 17 Privat (Hochleitner), Ines Janas (Fehrl, Fischbacher, Schwerdt)
- S.19 Ines Janas
- S. 23 private (Garritzmann), private (Bledow), Ines Janas (Wehl)
- S. 29 IMAGO / Agencia EFE
- S. 30 IMAGO / ZUMA Wire
- S. 31 Inka Reiter (Butt), Ines Janas (Siskou)
- S. 32 Ines Janas
- S. 35 Ines Janas (Haiges), Inka Reiter (Zuber)
- S. 36 <https://yakuperez.com/conoce-yaku>
- S. 39 IMAGO / Gerhard Leber
- S. 41 Ines Janas (Schneider), Inka Reiter (Shevchuk)
- S. 44 Ines Janas
- S. 46 Ines Janas
- S. 47 IMAGO / Karo
- S. 50 Ines Janas (Koos, Leuffen), private (Heermann)
- S. 52 linke Seite: Privat; rechte Seite: Ines Janas (links oben/unten), Privat (rechts)

In_equality Conference 2022

Vom 06. bis 08. April 2022 laden wir Sie ins Bodenseeforum Konstanz oder zur Online-Teilnahme an der internationalen, interdisziplinären *In_equality Conference 2022* ein.

Die Sorge um wachsende Ungleichheiten spielt in aktuellen Debatten eine wesentliche Rolle: Welche Ungleichheiten werden als Problem wahrgenommen? Wie beeinflussen Wahrnehmungen von Ungleichheit die Muster politischer Partizipation? Wie beeinflussen politische Maßnahmen strukturelle Ungleichheiten?

Diese und ähnliche Fragen werden wir auf der *In_equality Conference 2022* diskutieren.

Weitere Informationen
→ www.inequality-conference.de

In_equality Colloquium im Sommersemester 2022

Dienstags, 11:45 – 13:15 Uhr (online)

26.04.
Viola Asri
Universität Konstanz

31.05.
Merlin Schaeffer
Universität Kopenhagen

03.05.
Christina Felfe de Ormeño
Universität Würzburg

07.06.
Michael Becher / Irene Menéndez González
IE University Madrid

10.05.
Cornelia Kristen
Universität Bamberg

28.06.
Stanislav Markus
University of South Carolina

17.05.
Mara Yerkes
Universität Utrecht

05.07.
Frederick Solt
University of Iowa

19.07.
Prisca Jöst
Universität Konstanz

Das vollständige Programm und Teilnahmeinformationen für das Cluster Colloquium finden sich unter: <https://inequality.uni.kn/cluster-colloquium>

TERMINIERT

11.05. 2022

Gabriele Spilker
Antrittsvorlesung als Professorin für International Politics – Global Inequality

14.05. 2022

Lange Nacht der Wissenschaft

20.–23. 07.2022

Essen Sommerakademie „Challenging Inequalities“
in Zusammenarbeit mit dem Promotionsprogramm „Political Economy of Inequality“ des Instituts für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen und dem Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS), Berlin

(Auswahl, Oktober 2021 – Februar 2022)

VIELBEACHTET

Boris Holzer

„Ungleichheit in der Schule: Gehören die Sommerferien abgeschafft?“ (FAZ, 08. November 2021)

Christian Breunig

„Das Parlament der Akademiker“, von Andrea Dernbach (Tagesspiegel, 26. Oktober 2021)

26

Marius R. Busemeyer

„What America Would Look Like in 2025 Under Trump“, von Thomas B. Edsall (New York Times, 02. Februar 2022)

Claudia Diehl

„Mythen der Zuwanderung“ (Süddeutsche Zeitung, 04. Dezember 2021)

Claudia Diehl

„Spaltet Corona die Gesellschaft?“, Interview, heute journal (ZDF, 04. Januar 2022)

Daniel Thym

„Die Ampel ist viel näher am Kurs von Frau Merkel, als manchem vermutlich lieb ist“, von Dietmar Hipp (Spiegel, 30. November 2021)

Felix Wolter

„Forschung und Lüge“, von Joachim Müller-Jung (FAZ, 17. November 2021)

Katrin Schmelz

Zur Diskussion: „Politische Maßnahmen und Kommunikation – Wie die vierte Corona-Welle brechen“, mit Christoph Schäfer (Deutschlandfunk, 17. November 2021)

Katrin Schmelz

„Backlash over US police vaccine mandates has not fueled crime surge, experts say“, von Eric Berger (The Guardian, 02. November 2021)

Katrin Schmelz

„Psychologin erklärt – Was macht eine Impfpflicht mit Ungeimpften?“ (ZDF, 03. Dezember 2021)

Regine Eckardt

„Schlimm – oder?“, von Charlotte Parnack (ZEIT, 11. November 2021)

Sebastian Koos

„Corona-Proteste: Die Politik im Spagat zwischen Dialog und Härte“, von Tim Herden (MDR, 06. Januar 2022)

Sebastian Koos

„Angst ist ein Beschleuniger der Radikalisierung“, von Susann Kreutzmann (rbb24, 12. Dezember 2021)

Valentina Consiglio

„Immer mehr Deutsche verlieren Anschluss an Mittelschicht“ (ZEIT Online, 01. Dezember 2021)

Wolfgang Seibel

„Zehn Jahre Selbstenttarnung des NSU: Zäsur im Kampf gegen rechte Netzwerke?“, mit Annette Riedel (Deutschlandfunk Kultur, 05. November 2021)

Der Cluster & seine Mitglieder in den Medien.

News

Prof. Dr. Gabriele Spilker ist seit Oktober 2021 Clusterprofessorin für International Politics – Global Inequality.

Sie konzentriert sich auf Fragen der politischen Ökonomie und betrachtet das Thema Ungleichheit aus verschiedenen Blickwinkeln:

So untersucht sie am Cluster Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern und sein Potenzial, Migration auszulösen und Ungleichheiten zu verstärken.

Außerdem erforscht sie die öffentliche Meinung zu internationalem Handel und Migration und analysiert die Folgen verschiedener Gestaltungsmöglichkeiten für internationale Kooperationen.

Prof. Dr. Sebastian Koos ist seit November 2021 Cluster-Juniorprofessor (mit Tenure Track) für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Bewegungen.

Ungleichheit und ihr Potenzial, gesellschaftliche Bewegungen, vor allem Protestbewegungen, hervorzubringen, ist für seine Tätigkeit zentral.

Dazu legt er besonderes Augenmerk auf Bewegungen, die sich zum Thema Klimawandel gebildet haben. Ein übergreifendes Thema der Forschungen dieser Professur wird außerdem der gesellschaftliche Zusammenhalt und Solidarität sein, insbesondere in Zeiten der Krise.

BERUFEN

Am Cluster wurden 2021 zwei neue Professuren besetzt.

*Neue Clustermitarbeiter*innen und PIs (September 2021 – Januar 2022)*

ANGEKOMMEN

Viktoría Jansesberger

Promovierende, Clusterprojekt „International Politics – Global Inequality“

Duangkamol Srismith

Postdoc, Clusterprojekt „Perceptions of Political Charisma in Low-Status Speakers“

Daniel Schröder

Managing Office, IT-Support, Digitalisierung und Infrastruktur

Thomas Soehl

McGill University
External Senior Fellow

Walter Haeusl

Scuola Normale Superiore
Gastwissenschaftler

Davy-Kim Lascombes

University of Geneva
Gastwissenschaftler

Adrian Rinscheid

Universität St. Gallen
Gastwissenschaftler

Alexander Trubowitz

Yale University
Gastwissenschaftler

27

GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

„Raus und wählen gehen!“

28 Politische Appelle – linguistisch betrachtet

(M. Butt, W. Siskou)

„Gehen auch Sie am Sonntag zur Wahl!“ oder „Zweitstimme ist Kanzlerstimme“ – solche feinen *Sprachunterschiede in der politischen Mobilisierung* untersuchen die Linguistinnen Miriam Butt und Wassiliki Siskou an Beispielen aus Lateinamerika. Sie verwenden dabei *computerlinguistische Methoden zur automatischen Textanalyse*.

In einem interdisziplinär angelegten Projekt zwischen Linguistik und Politikwissenschaft stellen wir uns die Frage, wie genau Menschen eigentlich politisch mobilisiert werden können. Sehr vieles an Kommunikation und politischen Organisationen läuft heutzutage über soziale Medien. Aber welche Strategien werden von Organisator*innen verwendet, um Menschen tatsächlich an die Wahlurnen oder gar auf die Straße zu bringen? Ein zentrales Mittel ist natürlich die sprachliche Kommunikation, und hier stellt sich die Frage, welche sprachlichen Mittel genau eingesetzt werden. Welche Strategien kommen bei Handlungsaufforderungen zum Einsatz, um Ereignisse und Befindlichkeiten zu einem Gesamt-Narrativ zu formen, also in ein Framing zu bringen? Ist es möglich, solche *calls to action*, wie wir sie im Projekt nennen, mit computerlinguistischen Methoden automatisiert zu entdecken? Und wie häufig kommen sie überhaupt vor?

Im laufenden Forschungsprojekt mit dem Titel „Mobilizing Inequalities“ arbeiten wir Linguistinnen mit einigen Kolleg*innen aus der Politikwissenschaft zusammen, die besonders an Mobilisierungsprozessen ethnischer Organisationen interessiert sind (siehe die Beiträge von Lea Heiges und Christina Zuber sowie Frederik Gremler in diesem Heft). Gemeinsam schauen wir insbesondere auf Regionen, die noch nicht ausreichend erforscht wurden. Da 2021 in mehreren lateinamerikanischen Ländern Wahlen bevorstanden, bot es sich an, diese etwas genauer unter die Lupe zu nehmen und die in den sozialen Medien veröffentlichten Politiker-Beiträge Wort für Wort zu sezieren. Konkret beschäftigt sich das Projekt mit Beiträgen aus Ecuador, Peru und Bolivien.

Unsere Projektpartner*innen aus der Politikwissenschaft haben einen Textdatensatz gesammelt, der aus ungefähr 30.000 Facebook- und Twitter-Beiträgen besteht. Alle Postings wurden von Personen und Gruppierungen veröffentlicht, die von politikwissenschaftlichem Interesse sein könnten, darunter sind neben Politiker*innen und politischen Parteien auch Nichtregierungsorganisationen, Journalist*innen, politische Aktivist*innen, Think Tanks und ähnliche.

Bevor es an die eigentliche linguistische Analyse gehen konnte, mussten wir zunächst festlegen, was genau wir als einen *call to action* definieren. Streng genommen ist die Aufforderung des*der Schreibenden, auf einen bestimmten Link zu klicken oder einem Kanal zu folgen, eine Art des *call to action*, bedeutet aber noch keine Mobilisierung. Wir entschieden, uns in diesem Kontext auf Sätze zu beschränken, die darauf abzielen, Menschen zu einer Handlung zu bewegen, also etwa zur Wahl zu gehen oder sich an Protesten und Versammlungen zu beteiligen.

Mithilfe der sprachwissenschaftlichen Analyse setzten wir uns nun daran herauszufinden, wie diese *calls to action* aussehen und welche Muster und Frames sie gegebenenfalls gemeinsam haben. Während es uns Menschen relativ leicht fällt zu entscheiden, ob ein Satz in diese Kategorie fällt oder nicht, ist die Aufgabe für Maschinen auch nach vielen Jahren der Forschung eine Herausforderung. Menschen können hinter die „Fassade“ der Wörter blicken. Sie erkennen die Bedeutung der einzelnen Wörter, setzen diese, vereinfacht gesagt, zusammen und entscheiden dann anhand des Kontexts, ob es sich bei einem Satz um eine Handlungsaufforderung handelt oder eben nicht. →

29

↓ Zeitungsnachrichten zur Präsidentschaftswahl in Peru 2021



30

↓ Wählen in Quito, Ecuador, 2021



Diese semantische und pragmatische Interpretation stellt die maschinelle Sprachverarbeitung zur Zeit jedoch noch vor eine große Herausforderung. Für den Computer sind die Texte lediglich Zeichen ohne weitere Bedeutung. Die heutigen Algorithmen haben erstaunliche Fähigkeiten zur Erkennung oberflächlicher Muster entwickelt, deren Bedeutung bleibt ihnen aber noch verschlossen. Damit die Maschine diese Bedeutung „verstehen“ lernen kann, muss der Mensch derzeit in Vorleistung gehen und eine erste manuelle Analyse erstellen. Zunächst werden Sätze aus einem Teil des Satzes einer von zwei Kategorien zugewiesen: *call to action* oder kein *call to action*. Im nächsten Schritt wird jedes Wort mit seinen

linguistischen Eigenschaften unter die Lupe genommen. Anhand dieser feinkörnigen Untersuchung werden anschließend Regeln und Muster erarbeitet, die ausschlaggebend für die Zuordnung in die zu untersuchende Kategorie sind. Aus dieser manuellen Analyse gehen Muster hervor, die schließlich in ein regelbasiertes Programm eingepflegt werden. Das ermöglicht es uns, den Textbausteinen relevante Annotationen hinzuzufügen. Dabei arbeitet man sich Schritt für Schritt von der Wortebene auf die Satzebene vor, bis das Programm jedem Satz Meta-Informationen hinzugefügt hat. Diese hintereinander gereihten Aufgaben werden in der Informatik und Computerlinguistik eine Pipeline genannt.

Was hier in wenigen Sätzen zusammengefasst wurde, ist ein langwieriger Prozess. Vor allem das Spanische, wie es in den drei lateinamerikanischen Ländern gesprochen wird, die wir untersuchen, hat es uns hier nicht leicht gemacht. Die unterschiedlichen Varietäten des Spanischen in Bolivien, Peru und Ecuador weichen vom europäischen Spanisch signifikant ab; noch problematischer ist, dass sie sich auch untereinander in Vokabular und Grammatik unterscheiden. All diese Dinge müssen bei der Entwicklung einer Pipeline bedacht werden, um verlässlich korrekte Analysen liefern zu können.

Bereits während der manuellen Analyse fiel uns auf, dass Handlungsaufforderungen aus linguistischer Sicht in zwei unterschiedlichen Unterkategorien vorkommen: direkte und indirekte Handlungsaufforderungen. Während direkte *calls to action* meist als Imperativ, also in der Befehlsform, formuliert werden, gibt es hier und da auch Sätze, die zumindest oberflächlich keinen Handlungsbefehl erteilen. Ein Beispiel dafür sind diese beiden aus dem Spanischen übersetzten Sätze: „Es ist an der Zeit, dem jahrzehntelangen Einheitsbrei ein Ende zu setzen. Die Zeit ist reif für das Volk.“ Was auch immer genau dem* der Lesenden hier vermittelt werden soll, es kommt jedenfalls das Gefühl auf, dass es nicht damit getan wäre, wenn man auf dem Sofa sitzen bliebe. Die automatisierte Erkennung solcher impliziten Handlungsaufforderungen ist besonders schwierig – nicht zuletzt auch wegen ihrer Seltenheit. Die erforderlichen linguistischen Regeln müssen demnach sehr genau definiert werden.

Generell hat unsere Analyse ergeben, dass die meisten *calls to action* doch als Imperativ formuliert werden und oft Wörter beinhalten, die das Pflichtbewusstsein der Bürger*innen ansprechen, wählen zu gehen. Trotz der grammatischen Befehlsform werden interessanterweise viele der *calls to action* in einer bewusst höflichen

Art formuliert. Implizite Handlungsaufforderungen kommen vergleichsweise seltener vor und sind ausserdem auf maschinellen Wege besonders schwierig zu erfassen. Diese Hürde ist für uns eine interessante computerlinguistische Fragestellung, durch die wir den Stand der Forschung innerhalb der Computerlinguistik voraussichtlich weitertreiben werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass *calls to action* sehr unterschiedlich sein können. Ein Großteil wird direkt als Handlungsaufforderung artikuliert, einige treten verdeckt auf und werden erst durch den Kontext ersichtlich. Je mehr Daten wir darüber sammeln, desto erfolgreicher kann in der Zukunft auch eine automatische Klassifizierung durch maschinelles Lernen angewandt werden. Unsere Forschungen können daneben viel zum Verständnis politischer und kommunikativer Prozesse beitragen. Das gilt auch für Ereignisse, die weit aus dramatischer sind als Parlamentswahlen in Demokratien, wie etwa die Erstürmung des Capitols in Washington D.C. im Januar 2021. Die Analyse der Kommunikation in den sozialen Medien könnte zum Beispiel Aufschluss darüber geben, wie die Trump'sche Aufforderung, sich zum Parlament aufzumachen, Widerhall fand in den Äußerungen Tausender seiner Anhänger*innen, die dann tatsächlich handelten. Die automatische Erkennung von *calls to action* bleibt eine Aufgabe, die sich zu lösen lohnt. /

31



Miriam Butt ist Professorin für Allgemeine Sprachwissenschaft und Computerlinguistik an der Universität Konstanz und PI des Clusters.



Wassiliki Siskou ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Clusterprojekt „Mobilizing Inequalities: From Grievances to Conflict“.

OPEN DATA

Welche Worte führen zu Gewalt? *Wie ethnische Organisationen online kommunizieren* (F. Gremler)

32

Ethnische Ungleichheit kann in Gewalt resultieren, besonders wenn Akteur*innen wie ethnische Organisationen sie rhetorisch anfachen. Die Kommunikation solcher Organisationen ist daher ein Schlüssel zum Verständnis vieler ethnischer Konflikte. Hier stellt Frederik Gremler eine neue Datenbank vor, in der einschlägige Onlinekommunikation weltweit gesammelt wird.



Frederik Gremler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im Clusterprojekt „Mobilizing Inequalities: From Grievances to Conflict“.

Wenn in Äthiopien Truppen der Regierungsarmee und der Volksbefreiungsfront von Tigray (Tigray People's Liberation Front, TPLF) aufeinandertreffen, dann ist auch politische Ungleichheit ein Grund für die Gewalt. Waren die Funktionäre der TPLF bis 2018 noch fester Teil des politischen Machtapparats, so verloren sie nach Einzug des neuen Premierministers Abiy Ahmed zunehmend an Einfluss. Nachdem sie sich in ihre ethnische Heimatregion Tigray zurückzogen, eskalierte zuletzt die Auseinandersetzung mit der Regierung in Addis Abeba. Dabei begleiteten vorurteilsbelastete Hetze und der gegenseitige Vorwurf ethnischer Säuberungen den blutigen Konflikt.

Ein Extremfall – aber nicht nur in Äthiopien liegt gewaltsamen Konflikten oft ein ökonomisches oder politisches Ungleichgewicht zwischen den ethnischen Gruppen eines Landes zugrunde. Und doch führt längst nicht jede Ungleichheit auch zu Gewalt. Daher untersuchen wir in dem Projekt „Mobilizing Inequalities: From Grievances to Conflict“ unter Leitung von Nils B. Weidmann, Christina Zuber und Miriam Butt, wann und wie genau Ungleichheit zu Gewalt führt und wann politische Akteur*innen überhaupt ein Interesse daran haben, Ungleichheit zu betonen. Nils Weidmann und ich konzentrieren uns dabei auf die statistische Analyse dieses Zusammenhangs mithilfe einer globalen Stichprobe.

Die Basis unserer Arbeit: eine groß angelegte Datensammlung zu ethnischen Organisationen und deren Aktivitäten in den sozialen Medien. Die Organisationen, deren Daten wir sammeln, reichen von etablierten politischen Parteien wie der Scottish National Party bis hin zu gewalttätigen Rebellengruppen wie der jemenitischen Huthi-Bewegung. Hierfür untersuchen wir seit Anfang 2020 zusammen mit studentischen Hilfskräften über 80 Länder von Spanien bis Äquatorial-Guinea. Hier sehen wir uns besonders an, welche Organisationen gewalttätige Mittel einsetzen, politische Beteiligung fordern oder ökonomische Ungleichheit betonen.

Haben wir eine ethnische Organisation einmal erfasst, rufen wir ihre Online-Kanäle – ihre Webseiten und Auftritte in sozialen Medien, etwa Twitter – mit einer von uns eigens dafür programmierten Software ab. Inzwischen haben wir auf unseren Servern bereits über 1,5 Millionen Posts und Tweets sowie die Daten von fast 2.000 Webseiten beisammen. Die Datensammlung ist damit weitgehend abgeschlossen.

Diese Daten nutzen wir nun, um den Zusammenhang zwischen politischer Gewalt und Ungleichheit besser zu verstehen. Insbesondere interessiert uns die zielgerichtete Kommunikation der ethnischen Organisationen. Erste vorläufige Ergebnisse deuten in eine überraschende Richtung:

Weder politische noch ökonomische Ungleichgewichte nehmen den erwarteten Platz in der Rhetorik der Organisationen ein! Stattdessen teilen die Parteien Informationen zu Veranstaltungen oder Wahlkampf-events. Aufrufe zu Gewalt oder auch nur zu Protesten bilden, ebenfalls ein wichtiger Befund, eher die Ausnahme. Teils rufen Parteien, die eigentlich nur spezifische Gruppen eines Landes vertreten, sogar zu nationaler Solidarität und Harmonie auf.

Wie verlässlich diese ersten Erkenntnisse sind, werden wir bald wissen: Unter anderem verwenden wir in Zusammenarbeit mit dem früheren Konstanzer Politikwissenschaftler Karsten Donnay und mit Florian Eblenkamp an der Universität Zürich innovative Techniken des maschinellen Lernens, um die Themen einzelner Posts oder Tweets automatisch zu identifizieren. Anders wäre dies bei der schier unermesslichen Datenmenge kaum möglich. Die Linguistinnen Miriam Butt und Wassiliki Siskou sind Teil unseres Projektteams und arbeiten zu nahe verwandten Fragestellungen; sie untersuchen grundsätzlich, wie man sie computerlinguistisch bearbeiten kann. So hoffen wir in naher Zukunft weiter zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Ungleichheiten und ethnischen Konflikten beizutragen. /

33

AUS UNSERER FORSCHUNG

Eine Stimme für die Benachteiligten. *Wie indigene Organisationen in Ecuador und Peru über Ungerechtigkeit sprechen*

34 (L. Haiges, C. Zuber)

Aus der Sozialpsychologie wissen wir: Menschen, die das Gefühl haben, ihrer Gruppe würden zu Unrecht Ressourcen oder Möglichkeiten vorenthalten, sind bereit zum Handeln, um ihre Situation zu verbessern. Wie uns ONAMIAP (→) berichtet, ist dies bei den indigenen Völkern Perus der Fall. Im schlimmsten Fall kann ein solches Handeln zu gewaltsamen Konflikten führen, insbesondere wenn Gruppen anhand ethnischer Kategorien definiert und ungleich behandelt werden.

Doch was bringt Menschen dazu, ihr eigenes Schicksal mit dem Schicksal einer ethnischen Gruppe verknüpft sehen? Und warum kommen sie schließlich zu der Überzeugung, dass ihre Gruppe ungerecht behandelt wird? Die politikwissenschaftlichen Theorien ethnischer Konflikte gehen davon aus, dass Gruppeneliten und die Botschaften, die sie den Gruppenmitgliedern kommunizieren, eine wichtige Rolle bei der Ausformung solcher Überzeugungen spielen. Die Konfliktforschung hat bislang jedoch nur selten empirisch untersucht, wie ethnische Eliten zum

„Wir, die indigenen Völker, und insbesondere die Frauen, spüren immer stärker die Auswirkungen einer Wirtschaftspolitik, die dem Abbau der natürlichen Ressourcen in unseren Gebieten Vorrang einräumt, einer Politik, die unsere Lebensweise oft für immer beeinträchtigt, einer Politik, die uns verarmen lässt und uns zur Auswanderung zwingt.“

Organisation der indigenen Frauen aus dem Amazonasgebiet und den Anden Perus, ONAMIAP, 2021



Lea Haiges ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Clusterprojekt „Mobilizing Inequalities: From Grievances to Conflict“.



Christina Zuber ist Professorin für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung an der Universität Konstanz und PI des Clusters.

Thema Ungleichheit kommunizieren. Wir wissen daher nicht, ob die Botschaften der Eliten wirklich notwendig sind, damit Gruppenmitglieder sich ungerecht behandelt fühlen und aktiv nach Gerechtigkeit streben. Um die Rolle des Eliten diskurses besser zu verstehen, untersuchen wir die Eliten, die den indigenen Völkern in Ecuador und Peru eine Stimme geben. Diese Gruppen erleben gravierende Ungleichheiten in zentralen Lebensbereichen wie Gesundheit und Bildung, Einkommen und Vermögen sowie politische Macht und Einfluss.

Beide Länder haben ähnliche politische Systeme, geografische Gegebenheiten und sozioökonomische Probleme. Obwohl die indigene Bevölkerung in beiden Fällen benachteiligt ist, sind die politischen, kulturellen und sozio-ökonomischen Ungleichheiten in Peru gravierender als in Ecuador. In Ecuador bezeichnen sich nur sieben Prozent der Bevölkerung als indigen. Dennoch ist der politische Einfluss der Indigenen erheblich. Die indigene Bevölkerung beteiligt sich regelmäßig an Protesten und Streiks, und obwohl die Organisationen, die hinter diesen Protesten stehen, nicht immer die gleichen Ziele verfolgen, arbeiten die meisten von ihnen auf nationaler Ebene zusammen. Ihre kontinuierliche Zusammenarbeit führte in den 1990er Jahren zur Gründung der indigenen Partei Pachakutik und trug dazu bei, die Situation der Indigenen in den letzten Jahrzehnten zu verbessern. Pachakutik ist ein Quechua-Wort

In Ländern, in denen ethnische Gruppen sozio-ökonomische Benachteiligung erfahren, sind es oft ethnische Organisationen, die diese Ungleichheiten in die politische Debatte einbringen. Lea Haiges und Christina Zuber untersuchen, welche Rolle diese Missstände in der Kommunikation von ethnischen Organisationen in Ecuador und Peru spielen.

35

und bedeutet Veränderung, Wiedergeburt, Transformation und Anbruch einer neuen Zeit.

Mit 25 Prozent ist der Anteil der indigenen Bevölkerung in Peru zwar größer, ihr politischer Einfluss jedoch geringer. Die indigene Bevölkerung ist im Vergleich zu Ecuador stärker diskriminiert, stigmatisiert und sozio-ökonomisch benachteiligt. Ein Grund dafür liegt in der Vergangenheit: Unter dem autoritären Präsidenten Alberto Fujimori, der Peru in den 1990er Jahren regierte, war die indigene Bevölkerung das Ziel von Zwangssterilisation und Unterdrückung. Heute agieren die indigenen Organisationen Perus hauptsächlich auf lokaler Ebene, sind weniger gut

vernetzt als ihre ecuadorianischen Pendanten und verfügen über einen geringeren politischen Einfluss. Dies könnte sich mit dem im April 2021 gewählten Präsidenten Pedro Castillo ändern, der als Unterstützer indigener Interessen gilt.

Um festzustellen, ob die real existierenden Unterschiede die Rhetorik ethnischer Organisationen beeinflussen, haben wir programmatische Dokumente (Parteiprogramme, Organisationsstatuten und Reden) gesammelt, die von indigenen Parteien und Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht wurden. Diese Dokumente haben wir nach sogenannten *grievance frames* durchsucht: Aussagen, in denen behauptet wird, eine Gruppe erleide zu Unrecht →

einen relativen Mangel an einer bestimmten Ressource oder an Möglichkeiten wie Einkommen oder Bildung. Dabei stellten wir sicher, dass unsere Ergebnisse nicht nur vom subjektiven Verständnis einer einzelnen Person abhängen, und überprüften regelmäßig, ob die Teammitglieder die Texte übereinstimmend interpretierten.

Die Analyse von 34 zwischen 2019 und 2021 herausgegebenen Dokumenten ergab, dass ethnische Organisationen in Peru häufiger über Ungerechtigkeit sprechen: Während das durchschnittliche peruanische Dokument vier *grievance frames* enthält, sind es in Ecuador nur zwei. Diese Differenz deckt sich mit der realen Situation: Indigene Völker sind in Peru stärker benachteiligt als in Ecuador. Meistens kommen in den Dokumenten Missstände zur Sprache, die speziell die Indigenen betreffen. Indigene Organisationen sprechen jedoch auch spezifische Missstände in bestimmten Teilen der Gesamtbevölkerung an, zum Beispiel der Unterschicht oder der Landbevölkerung, und sie geben Frauen, Jugendlichen oder älteren Menschen eine Stimme.

In welchen Bereichen des Lebens der Menschen stellen indigene Organisationen Ungerechtigkeiten fest? Abbildung 1 zeigt den Anteil der *grievance frames*, die sich jeweils auf einen bestimmten Problembereich beziehen. Sorgen über politisch-rechtliche und sozio-ökonomische Ungerechtigkeit spielen in beiden Ländern eine vergleichbare Rolle. Sicherheitsbedenken sind in Ecuador stärker ausgeprägt und beziehen sich sowohl auf Gewalt gegen Frauen als auch auf Gewalt gegen indigene Völker und deren Territorien. Der Anteil kultureller Missstände ist erstaunlich gering, wenn man bedenkt, dass ethnische Organisationen oft als Akteur*innen dargestellt werden, die sich überwiegend mit Fragen von Kultur und Identität beschäftigen.

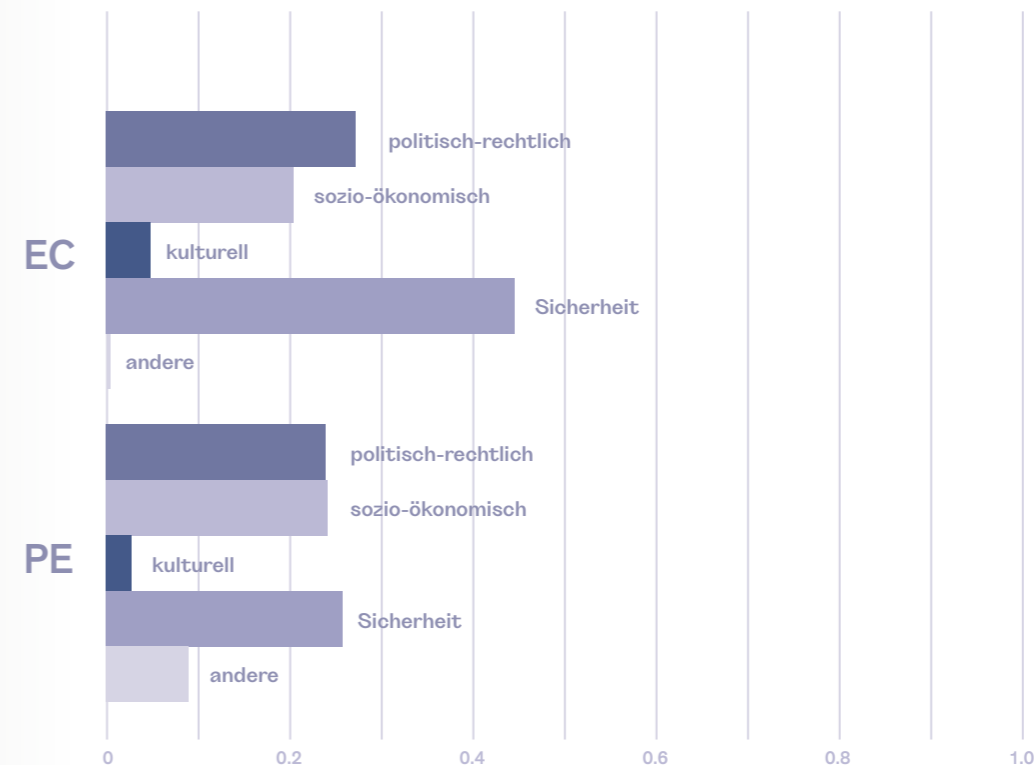


Abbildung 1: Relative Bedeutung bestimmter Missstände in Dokumenten indigener Organisationen in Ecuador und Peru
Anteil an allen beklagten Missständen

auch untersuchen, ob die Verbindung zwischen realen Ungleichheiten und Missstandsrhetorik auch ein Merkmal anderer ethnischer Organisationen in der ganzen Welt ist.

Der Ländervergleich sollte jedoch nicht wichtige Unterschiede verdecken, die sich innerhalb der einzelnen Länder finden: Während einige Organisationen häufig über Ungerechtigkeit sprechen, verwenden andere überhaupt keine *grievance frames*. In der Literatur zu ethnischen Konflikten wird davon ausgegangen, dass eine Rhetorik, die sich auf Missstände konzentriert, eine Standardstrategie ethnischer Eliten ist. Unsere Ergebnisse zeigen, dass diese verallgemeinernde Annahme revidiert werden muss.

Unsere Studien sind Teil des größeren Clusterprojekts „Mobilizing Inequalities: From Grievances to Conflict“, das globale Vergleiche ermöglichen soll. Zu diesem Zweck bauen die Politikwissenschaftler Frederik Gremler und Nils B. Weidmann eine Datenbank zur Onlinekommunikation ethnischer Organisationen auf (mehr dazu ab Seite 32), während die Linguistinnen Wassiliki Siskou und Miriam Butt an der automatischen Erkennung von *grievance frames* arbeiten (mehr dazu ab Seite 28). /

Die logische nächste Frage lautet daher: Warum sprechen einige Organisationen über Ungerechtigkeit und andere nicht, selbst wenn sie sich an dieselbe Gruppe im selben Land wenden? Dies möchten wir im Laufe des nächsten Jahres durch eine Befragung von Vertreter*innen indigener Organisationen in Erfahrung bringen. Wir werden



↑ Yaku Perez, indigener Kandidat für die Präsidentschaftswahlen in Ecuador 2021

Schock-Polarisierung.

Wie Finanzkrisen sich politisch auswirken

(G. Schneider, O. Shevchuk)

38

In finanziellen Krisen besteht die Gefahr, dass Gesellschaften ihre Mitte verlieren. Die Ökonomen Gerald Schneider und Oleksandr Shevchuk betrachten, *wie gesellschaftliche Ungleichheit, Finanzkrisen und politische Polarisierung zusammenhängen.*

Ähnlich wie die aktuelle Coronapandemie haben Finanzturbulenzen, sei es in Form von Banken-, Inflations-, Währungs- oder Staatsschuldenkrisen, erhebliche Verteilungseffekte. Dramatische Beispiele dafür sind die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und – in geringerem Maße – die Weltfinanzkrise ab 2007, die beide durch große Verwerfungen auf den Finanzmärkten ausgelöst wurden. Wie sich solche Schocks auf die Einkommens- und Vermögensungleichheit auswirken, hängt jedoch von verschiedenen Faktoren ab, darunter vom Ausmaß, von der Dauer und der Art der Krise. Während Inflations- und Währungskrisen in der Regel die Armen und Geringverdiener*innen am stärksten treffen, verringern Bankenschließungen und Börsencrashes das Einkommen der Kapitaleigner*innen und damit der Wohlhabenden – zumindest auf kurze Sicht.

Angesichts dieser Verteilungseffekte ist anzunehmen, dass Finanzkrisen auch den politischen Wettbewerb und das Ausmaß beeinflussen, in dem Gesellschaften ihre Mitte verlieren und sich zunehmend polarisieren. In Zusammenarbeit mit Almuth Scholl und Tim Hermann vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz untersuchen wir, wie Finanzkrisen seit dem Zweiten Weltkrieg die Links-Rechts-Polarisierung im OECD-Raum und darüber hinaus beeinflusst haben.

Das Konzept der ideologischen Polarisierung kann verstanden werden als eine politische Konstellation, in der die Mitte gegenüber den politischen Extremen immer mehr an Boden verliert. In einer derart polarisierten Gesellschaft liegen die politischen Präferenzen nicht in der Mitte, sondern tendieren zu zwei extremen Polen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums.

In historischen Studien wird argumentiert, dass die politische Polarisierung eine der Hauptursachen für den Untergang der Weimarer Republik war. Für die USA haben Arbeiten aus der Politikwissenschaft wiederholt gezeigt, dass sich Polarisierung und Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten parallel entwickelt haben. Einige Studien zeigen auch, dass der Zusammenbruch von Lehman Brothers im Jahr 2008 die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft und zu einer Radikalisierung der Republikanischen Partei und – weniger dramatisch – der Demokraten im US-Kongress geführt hat.

In unserem Projekt stellen wir drei Fragen: Gibt es in anderen Ländern ähnliche Entwicklungen? Geht die Polarisierung der politischen Elite mit einer vergleichbaren Entwicklung in der Wähler*innenschaft einher? Und haben verschiedene Arten von Krisen unterschiedliche Auswirkungen auf die politische Landschaft?

↓ Bauruinen in Griechenland:
Überbleibsel des Platzens der Immobilienblase 2009



Für unseren Vergleich der Polarisierung in unterschiedlichen politischen Systemen stützen wir uns hauptsächlich auf ein von den beiden Wirtschaftswissenschaftlern Joan Esteban und Debraj Ray entwickeltes Maß, das wir mit ähnlichen, in der Politikwissenschaft entwickelten Indikatoren kombinieren. Unsere empirische Analyse stützt sich auf eine umfassende Liste von Finanzkrisen, die ursprünglich von den Chefökonom*innen der Weltbank beziehungsweise des Internationalen Währungsfonds, Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff, zusammengestellt wurde. Wir beziehen auch Analysen anderer Programme und der Eurobarometer-Umfragen zur Links-Rechts-Selbsteinordnung ein. Finanzkrisen sind in den letzten

39

Jahrzehnten im OECD-Raum immer häufiger geworden. Dies gilt insbesondere für Banken- und Währungskrisen. Es bestätigt sich außerdem, dass die Einkommensungleichheit in den Industrieländern in dem von uns untersuchten Zeitraum zugenommen hat (s. Abbildung 1, Seite 40). Ähnliche Tendenzen sind auch bei der Vermögensungleichheit zu beobachten. Empirische Modelle, die wir zusammen mit unserem ehemaligen Teammitglied Frederike Rübsam (heute bei der Bundesbank) durchgeführt haben, zeigen, dass Währungskrisen sich vor allem nachteilig auf die wirtschaftliche Lage der Armen und der Mittelschicht auswirken: Beide sind viel stärker betroffen als die Reichen (obwohl die reichsten US-Bürger*innen zu Beginn der Weltfinanzkrise einen Teil ihres Vermögens verloren haben). Die Ergebnisse bestätigen, dass die Entwicklungen in den USA dramatischer sind als in den meisten anderen untersuchten Ländern, dass aber der allgemeine Trend der zunehmenden Ungleichheit ein gemeinsames Merkmal weit über die USA hinaus ist. →

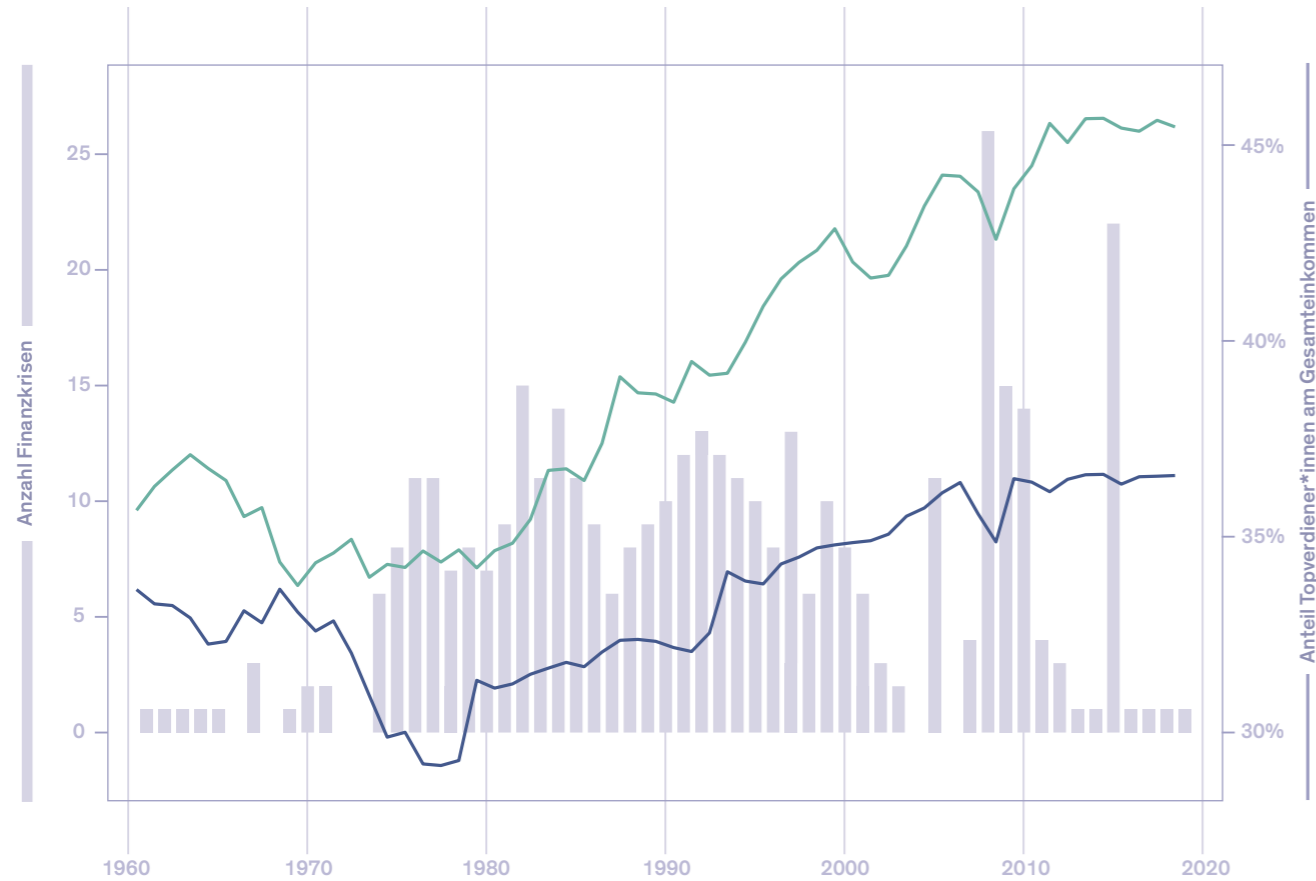


Abbildung 1: Finanzkrisen und Einkommensungleichheit

Dargestellt sind die Gesamtzahl finanzieller Krisen (Balken, linke Skala) und der Anteil der 10 Prozent Spitzenverdiener*innen am Gesamteinkommen (Kurven, rechte Skala) in den USA und im OECD-Durchschnitt.

Anteil der 10 Prozent Spitzenverdiener*innen am Gesamteinkommen (Kurven, rechte Skala) in den USA und im OECD-Durchschnitt.

— Einkommensanteil der Topverdiener*innen in den USA
— Einkommensanteil der Topverdiener*innen im Durchschnitt der OECD-Länder

Die grafischen Belege deuten außerdem darauf hin, dass die Polarisierung der Wähler*innenschaft – gemessen an den ideologischen Selbsteinstufungen in Umfragen – in den von unserer Analyse erfassten Ländern, einschließlich USA, zunimmt (s. Abbildung 2). Die statistischen Modelle deuten auf ein durchschnittliches Wachstum der Polarisierung um 3 Prozent nach Währungskrisen hin – dies würde bereits bedeuten, dass ein beträchtlicher Teil der Wähler*innenschaft seine Zugehörigkeit nach ganz links und ganz rechts verlagert und die politische Mitte an Einfluss verliert. Real waren die Auswirkungen in bestimmten Fällen noch viel stärker: So ging die Währungskrise in Griechenland vor dessen Beitritt zur Eurozone (1999–2001) mit einer Zunahme der Polarisierung unter den Wähler*innen um nicht weniger als 20 Prozent einher, während sich die Polarisierung im Parlament – gemessen an den von den großen Parteien vertretenen Positionen – fast verdreifachte.

In vielen Ländern ist die parlamentarische Polarisierung allerdings während des Beobachtungszeitraums zurückgegangen. Fälle

wie Griechenland nach der Krise von 1999–2001 stellen mithin Ausnahmen dar. Eine weitere sehr prominente Ausnahme ist die zunehmende Polarisierung im US-Kongress. Einige Studien deuten darauf hin, dass sich die wachsende Ungleichheit und die Polarisierung in den USA parallel zueinander entwickeln, wobei die zunehmende ökonomische Ungleichheit die extremistische Haltung der Republikanischen Partei fördert und diese Radikalisierung auch die Kluft zwischen Arm und Reich weiter verstärkt. Es ist jedoch noch nicht klar, ob solche Tendenzen auch in anderen Ländern zu beobachten sind.

Und Deutschland? Das Land hat einen ähnlichen Weg eingeschlagen wie die meisten westeuropäischen Gesellschaften: wachsende Einkommensungleich-

heit bis in die 2010er Jahre, zunehmende Vermögensungleichheit und steigende Polarisierung bei Wahlen (aber abnehmende Polarisierung im Parlament). Diese relativ zeitnahen Entwicklungen könnten Ausdruck der Tatsache sein, dass Deutschland abgesehen von der Wiedervereinigung keine großen wirtschaftlichen Schocks erlebt hat. Angesichts der hier beschriebenen Erfahrungen scheint es wahrscheinlich, dass steigende Inflation und Staatsverschuldung in den kommenden Jahren sowohl die Ungleichheit als auch die politische Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb des Bundestages beeinflussen werden. /



Gerald Schneider ist Professor für Internationale Politik an der Universität Konstanz und PI des Clusters.



Oleksandr Shevchuk ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im Clusterprojekt „From Bad to Worse? Financial Crises, Polarization, and Inequality“.

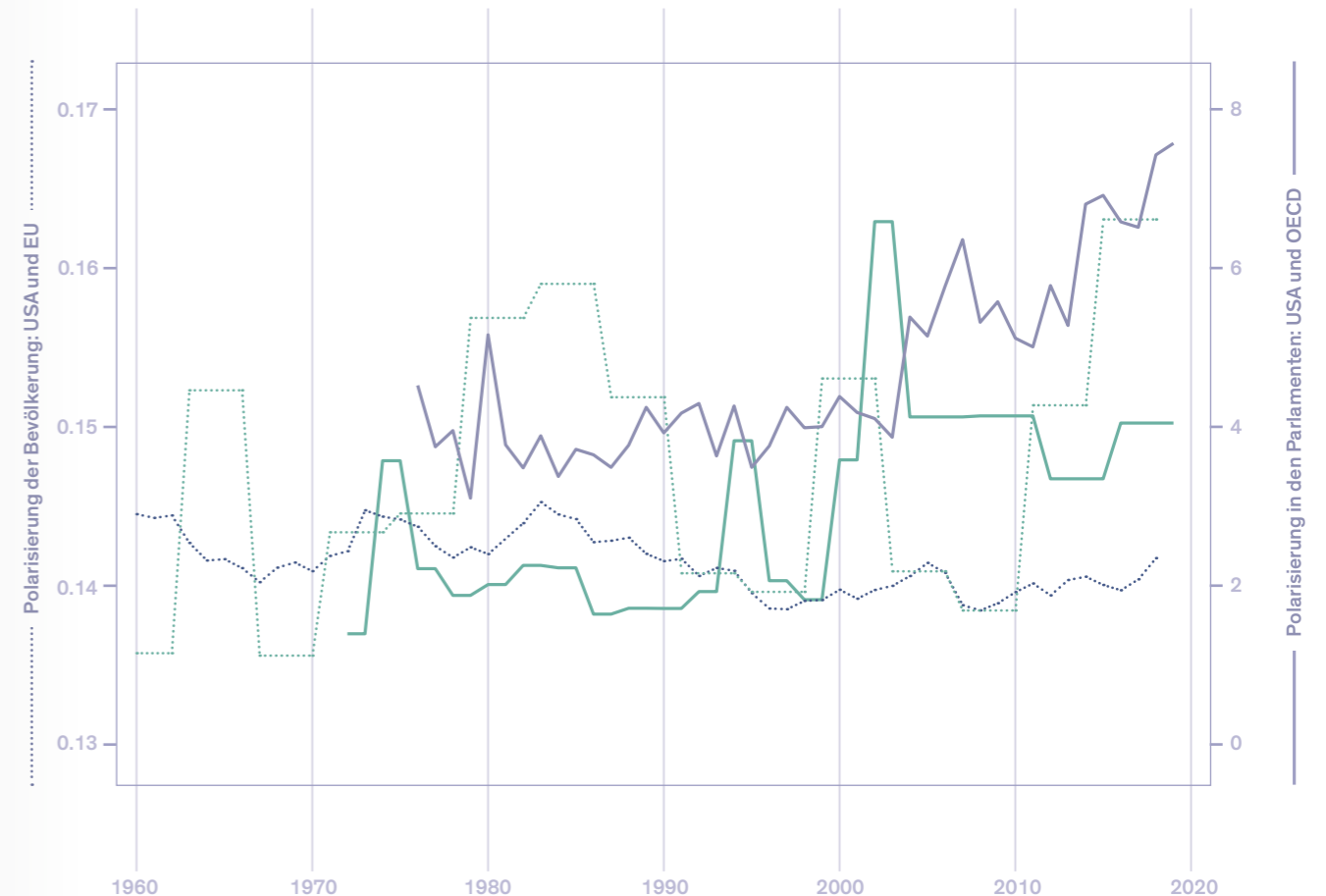


Abbildung 2: Polarisierung in Bevölkerung und Parlamenten

Dargestellt sind die Polarisierung der Bevölkerung insgesamt (breite Linien, linke

Skala) in den USA und in der EU, sowie die Polarisierung der Parteien in den Parlamenten (dünne Linien, rechte Skala) in den USA und im OECD-Durchschnitt.

— USA
— Durchschnitt EU-Länder
— Durchschnitt OECD-Länder

Der Klimawandel stellt eine existenzielle Bedrohung für das künftige Leben auf unserem Planeten dar. Mit der derzeitigen Klimapolitik sind wir auf dem Weg zu einer Erderwärmung von 3,5 Grad Celsius bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Diesen Anstieg prognostiziert der Weltklimarat (IPCC) in seinem Jahresbericht von 2019. Er impliziert unter anderem den Verlust von bis zu 70 Prozent der Tier- und Pflanzenarten, einen Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter und eine epidemische Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Trotz dieser düsteren Vorhersagen hinken die heutigen Gesellschaften in Sachen Klimaschutz noch immer hinterher.

Die Gründe für diese Untätigkeit sind vielfältig, aber die verschiedenen Ungleichheiten, die mit der Politik des Klimawandels einhergehen, spielen wahrscheinlich eine zentrale Rolle. Sowohl der Klimawandel als auch die meisten klimapolitischen Maßnahmen werden von mindestens drei Arten von Ungleichheit begleitet. Erstens sorgen starke internationale Ungleichheiten dafür, dass diejenigen Staaten, die die meisten Treibhausgasemissionen zu verantworten haben, nicht auch diejenigen sind, die am stärksten unter ihren Folgen leiden. Zweitens wird die Klimapolitik durch starke Ungleichheiten zwischen den Generationen gebremst, da die älteren Generationen maßgeblich für die enorme

42

43

AUS UNSERER FORSCHUNG

Der Süden sieht es anders. *Globale Berichterstattung über den Klimawandel* (G. Spilker)

Cluster-Professorin Gabriele Spilker sieht drei Arten von Ungleichheit, die beeinflussen werden, wie Gesellschaften auf der ganzen Welt mit dem Klimawandel umgehen. Sie analysiert, wie Printmedien über den Klimawandel und die einhergehenden Ungleichheiten berichten, und wie dies die öffentliche Debatte beeinflusst.

Belastung jüngerer und künftiger Generationen verantwortlich sind. Drittens ziehen viele Maßnahmen zum Klimaschutz eine starke Umverteilung nach sich, die bestehende innergesellschaftliche Ungleichheiten noch verstärken könnte.

In einem gemeinsamen Projekt wollen Lisa Lechner von der Universität Innsbruck und ich diese drei Kategorien von Ungleichheit durch die Linse eines Akteurs untersuchen, der nach unserer Auffassung eine zentrale Rolle beim Framing dieser Ungleichheiten spielt: die Printmedien. Obwohl außer Frage steht, dass auch andere Medien wie Fernsehen oder Online-Medien eine wichtige Rolle spielen, haben wir uns für die Untersuchung der Printmedien entschieden, weil sie ein vielfältiges Publikum und eine große Reichweite haben und weil sie sich als textbasiertes Medium perfekt für eine vertiefte Textanalyse eignen. Unsere Hypothese lautet, dass die Berichterstattung in den Printmedien zum Thema Klimawandel und/oder Klimaschutz die Aufmerksamkeit für das Thema Ungleichheit verstärken oder verringern kann – je nachdem, wie darüber berichtet wird. In gewissem Maß bestimmt dies die Wahrnehmung von Klimawandel und Klimaschutz in der Leser*innenschaft.

Anhand einer automatisierten Textanalyse von mehr als 30.000 Zeitungsbeiträgen (Artikel, Kommentare usw.) untersucht unser Projekt Unterschiede in der Quantität, vor allem aber im Inhalt der Berichterstattung über den Klimawandel in 14 Ländern, über einen Zeitraum von sieben Jahren (2013–2020) und in verschiedenen Zeitungsgattungen (Boulevardmedien wie die deutsche BILD oder The Sun in Großbritannien, liberale Blätter wie die deutsche Süddeutsche Zeitung oder Der Standard in Österreich sowie die konservative Qualitätspresse, darunter die Frankfurter Allgemeine Zeitung in

Deutschland oder die Neue Zürcher Zeitung in der Schweiz). Auf diese Weise versuchen wir, zu einem besseren Verständnis aller drei genannten Arten von Ungleichheit beizutragen.

Die meisten bisherigen Studien zur Medienberichterstattung über den Klimawandel konzentrieren sich ausschließlich auf die großen Treibhausgas-Verursacher*innen und somit stark auf den Globalen Norden. Wir halten es zwar für wichtig, die Medienberichterstattung im Globalen Norden zu verstehen, sind aber auch der Meinung, dass mit dieser verengten Perspektive wichtige Aspekte aus dem Blick geraten, denn die Länder des Globalen Südens werden am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden – die erste Art der Ungleichheit. Deshalb beziehen wir auch besonders gefährdete Länder wie Kenia, Vietnam oder Kambodscha in die Analyse ein. Unsere Ergebnisse stützen unsere Eingangsüberlegung, dass es wichtig ist, den Fokus zu erweitern: In der Tat scheint sich die Berichterstattung über den Klimawandel in den Ländern des Globalen Nordens von der im Süden zu unterscheiden. Zum Beispiel appellieren viele Medien in den Ländern des Globalen Südens viel häufiger an Politik und Öffentlichkeit, stärkere Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Medien im Globalen Norden zeigen sich diesbezüglich hingegen eher zurückhaltend.

Zweitens wird die Klimapolitik nicht nur durch starke internationale oder geografische Ungleichheiten behindert, sondern auch durch starke Ungleichheit zwischen den Generationen: Die heute regierenden Generationen handeln langsam und zulasten der jungen und künftigen Generationen, die die dramatischen Kosten des Nichthandelns tragen werden. Diese Art der Ungleichheit wird deutlich, wenn man die Berichterstattung über den Klimawandel im Zeitverlauf analysiert. Insbesondere in den letzten drei Jahren des von uns betrachteten Zeitraums ist ein deutlicher Anstieg der Berichterstattung über den Klimawandel zu beobachten: Das Thema Klimawandel hat allgemein stark an Bedeutung gewonnen. Ein genauere Blick auf den Zeitpunkt dieses Anstiegs zeigt, dass er zu einem großen Teil eine Folge der Bewegung Fridays for Future (F4F) ist, die im Sommer 2018 begann. Es bedurfte einer Protestbewegung, die von der klimapolitischen Ungleichheit zwischen den Generationen ihren Ausgang nahm, →



Gabriele Spilker ist Professorin für International Politics – Global Inequality an der Universität Konstanz und PI des Clusters.

um die Aufmerksamkeit auf eine neue Ebene zu heben und möglicherweise eine neue Dynamik für stärkere Klimaschutzmaßnahmen zu schaffen. Interessanterweise haben alle Arten von Printmedien – Boulevard- und Qualitätspresse, liberale wie konservative Zeitungen, in allen von uns abgedeckten Ländern, im Globalen Norden und im Globalen Süden – die Berichterstattung über den Klimawandel als Reaktion auf die F4F-Proteste stark intensiviert. Dies hat dazu geführt, dass die Berichterstattung über den Klimawandel in den meisten Medien insgesamt weniger skeptisch, aber auch pessimistischer geworden ist: Viele Zeitungen betonen eher die schrecklichen Folgen des Klimawandels und die schwierigen politischen Entscheidungen, die zur Bekämpfung des Klimawandels nötig sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit unseren Lebensstandard verändern werden.

Der letztgenannte Aspekt bezieht sich auf die dritte Art von Ungleichheit, die uns interessiert, nämlich die mit dem Klimawandel verbundenen innergesellschaftlichen Ungleichheiten. Denn es ist nicht nur der Klimawandel an sich, der starke (Um-)Verteilungsfolgen haben wird, sondern auch jede Art von Politik, die den Klimawandel bekämpfen soll. Einige Teile der Gesellschaft werden von Maßnahmen wie einer CO₂-Steuer stärker betroffen sein als andere. Denn für die einkommensschwachen Schichten der Gesellschaft machen die Energie- oder Benzinkosten einen größeren

Teil des verfügbaren Einkommens aus als für die reicheren Schichten. Im Extremfall verlieren einige Menschen sogar ihren Arbeitsplatz, weil sie aktuell beispielsweise in der Kohleindustrie beschäftigt sind. Daher scheint es unabdingbar, beides miteinander zu verbinden: die Umsetzung einer wirksamen Klimaschutzpolitik bei gleichzeitiger Entschädigung derjenigen, die unter den wirtschaftlichen Nebenwirkungen einer solchen Politik stark leiden würden. Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich waren ein Paradebeispiel dafür, wie sozioökonomische und ökologische Aspekte gegeneinander ausgespielt wurden. Daher scheint es unerlässlich, die gesellschaftliche Polarisierung zu bremsen und gleichzeitig Wege zu finden, einen ambitionierten Klimaschutz zu betreiben.

Den Medien kommt nach unserer Auffassung eine Schlüsselrolle bei dieser Art von innergesellschaftlicher Ungleichheit zu. Einerseits ist es wichtig, dass die Medien über die (wirtschaftlichen) Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik berichten und diese kontrovers diskutieren. Dazu gehört auch die Diskussion darüber, wer die Kosten tragen wird und ob dies gerecht oder ungerecht ist. Andererseits könnte eine einseitige oder stark polarisierende Berichterstattung über diese Themen gesellschaftliche Spannungen noch verstärken: durch die Verschärfung der gesellschaftlichen Kluft zwischen denjenigen, die eine (notwendige) konsequente Klimapolitik unterstützen, und denjenigen, die möglicherweise zu den Verlierer*innen einer solchen Politik gehören.

Unsere ersten Ergebnisse stützen beide Perspektiven. Die meisten Qualitätszeitungen in den meisten Ländern bieten tendenziell beides: eine Diskussion über die Dringlichkeit der Einführung strengerer klimapolitischer Maßnahmen sowie eine Diskussion über die mit solchen Maßnahmen verbundenen wirtschaftlichen Kosten. Sie fordern auch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen als Sicherheitsnetz für die Geschädigten. Viele Boulevardmedien tendieren jedoch eher zu einer einseitig polarisierenden Diskussion über die Klimapolitik. Letzteres ist aus unserer Sicht bedenklich. Anstatt die gesellschaftliche Polarisierung abzumildern, könnte diese Art der Berichterstattung die Kluft zwischen einer möglichen „grünen Elite“ und „den einfachen Leuten“, die für ein rein „grünes“ Ideal bezahlen sollen, noch verschärfen. Dieser Art von Polarisierung sollten wir entgegenwirken – sowohl aus gesellschaftlichen Gründen als auch um den Klimawandel erfolgreich zu bekämpfen. /

AUS UNSERER FORSCHUNG

Gemeinschaft mobilisiert: Lokale Partizipation in sozialen Projekten in Afrika

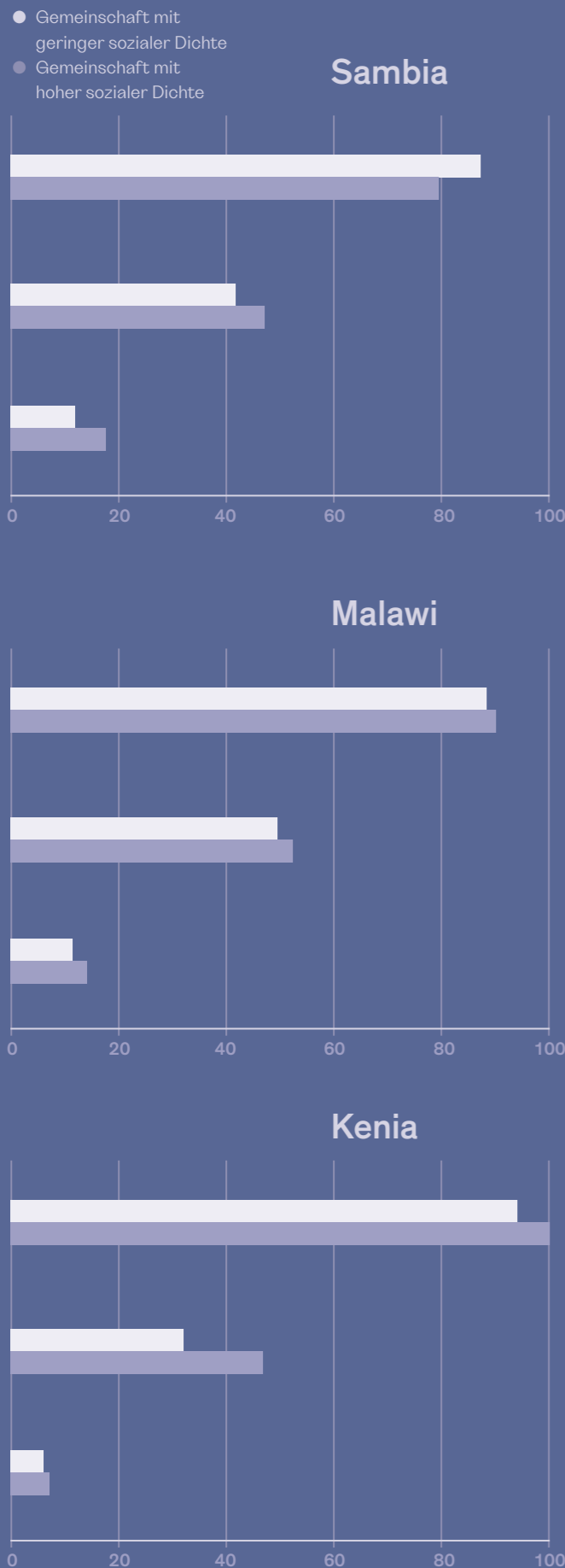
(P. Jöst, P. Töbelmann)

Prisca Jöst-Brenneis untersucht den *Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Partizipation*. Sie will besser verstehen, warum sich Menschen in manchen Gemeinschaften sozial und politisch mehr engagieren, in anderen weniger. Den Mechanismen sozialer Beteiligung geht sie in Befragungen in mehreren afrikanischen Ländern auf den Grund.

Kaum war Prisca Jöst-Brenneis Mitte Oktober 2021 von Göteborg nach Konstanz gekommen, reiste sie auch schon wieder ab. „Vier Wochen Tunesien – leider nicht, um Urlaub zu machen!“, stellt sie lachend klar. Für ihre Forschungsinteressen musste die Politikwissenschaftlerin schon immer viel reisen. „Ich erforsche, wie in afrikanischen Ländern Ungleichheit und Partizipation zusammenhängen. Wann und wie bringen sich Menschen mit geringem Einkommen politisch ein? Welche Rolle spielt der lokale soziale Kontext dabei? Was fördert die Beteiligung der Armen, etwa soziale Netzwerke oder lokale Führungsfiguren? Wie hängen diese unterschiedlichen Faktoren zusammen?“

Diese Fragen beschäftigen Prisca Jöst schon seit Jahren. In gemeinsamen Projekten mit Prof. Ellen Lust (Universität Göteborg) hat sie dabei politikwissenschaftliche und soziologische Ansätze verbunden und Wahlbeteiligung ebenso untersucht wie die Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Kampagnen sowie zahlreiche soziale Gemeinschaftsprojekte. Einer Pilotstudie der Gruppe um Ellen Lust in Tunesien folgten 2019 Projekte in Malawi, Kenia und Sambia, an denen Prisca Jöst beteiligt war. Diese sind Teil des Programms Governance and Local Development (GLD) unter Leitung von Ellen Lust. Mit dem Local Governance Performance Index (LGPI) untersucht das Programm einen zentralen Faktor für Ungleichheiten zwischen verschiedenen Vierteln oder zwischen Stadt und Land, wie sie überall auf der Welt beobachtet werden können: die Leistungsfähigkeit von lokaler Politik. →

Abbildung 1: Welche Gründe geben Befragte an, warum sie sich an einem lokalen Schulprojekt beteiligen? (Angaben in Prozent)



46

In den letzten Jahren war Prisca Jöst außer in Tunesien auch in Sambia – auch wenn sie, um verfälschte Ergebnisse zu vermeiden, nicht selbst ins Feld geht und Befragungen durchführt: „Wenn eine westliche Forscherin danebensteht, antworten die Menschen anders – dadurch trägt man viele verzerrende Effekte in so eine Befragung hinein“, erklärt sie. Aber die lokalen Kräfte, die die Befragungen übernehmen, müssen ausgebildet und daneben zahlreiche organisatorische Details geklärt werden. Mehr als 23.000 Interviews hat das GLD-Programm in Kenia, Sambia und Malawi durchgeführt, vor allem in armen Gemeinschaften, die beispielsweise Gemeindefonds für Begräbnisse oder den Unterhalt von Schulen organisieren. „Eine Schwierigkeit bei der Befragung sind die vielen Sprachen und Dialekte, die in diesen Ländern gesprochen werden. Da saß ich dann am PC an unserem Fragebogen und habe so schnell getippt, wie ich konnte, während lokale Partner um mich herumsaßen – und von beiden Seiten redeten sie auf mich ein, wie der Satz jetzt richtig in drei verschiedene Dialekte übersetzt werden sollte“, erinnert sich die Forscherin schmunzelnd.

Die Bemühungen waren nicht umsonst: Die GLD-Forschenden können heute Licht auf die Mechanismen werfen, die Partizipation in lokalen Gemeinschaften besonders befördern. Damit die Leute einer Gemeinschaft sich an politischen oder sozialen Initiativen beteiligen, müssen sie von lokalen Anführern dazu mobilisiert werden: Bezirksbürgermeister, Stammeshäuptlinge, manchmal auch einfach angesehene Leute aus der Nachbarschaft. „Ohne Anführer geht nicht viel. Aber damit die erfolgreich mobilisieren können, ist die soziale Dichte der Gemeinschaft insgesamt entscheidend. Das ist ein Maß für die Anzahl der persönlichen Beziehungen in einer Gemeinschaft, in etwa: alle Beziehungen, die tatsächlich existieren, geteilt durch die Anzahl der theoretisch möglichen Beziehungen“, erläutert Prisca Jöst. „Bei 1.200 untersuchten



Prisca Jöst-Brenneis ist Postdoctoral Research Fellow am Cluster und mit dem Programm „Governance and Local Development“ (GLD) der Universität Göteborg affiliert.

Nachbarschaften allein in Sambia können wir die Beziehungen natürlich nicht alle nachzeichnen. Aber über die Befragung erfassen wir, wie gut die Befragten ihre Nachbarschaft kennen und wie eng die Bande sind.“

In sozial sehr dichten Nachbarschaften stehen Einzelpersonen und Familien besonders unter Beobachtung. Für die Beteiligung an Gemeinschaftsprojekten, beispielsweise an einem gemeinsamen Fonds für eine Nachbarschaftsschule, gibt es daher soziale Anreize, etwa ein guter Ruf oder Einladungen zu sozialen Ereignissen. Wer sich dagegen nicht beteiligt, der kann mit negativen sozialen Folgen rechnen. Je höher die soziale Dichte, desto stärker ist dieser soziale Zuckerbrot-und-Peitsche-Effekt.

Den haben Jöst und Lust auch in Zahlen nachweisen können: In Sambia etwa gaben mehr als 47 Prozent der Befragten aus eng verflochtenen Gemeinschaften an, sie würden für ihre Beteiligung an einem Schulprojekt positive Folgen erwarten, gegenüber knapp 42 Prozent in losen Gemeinschaften. Umgekehrt befürchten in engen Gemeinschaften gut 17 Prozent soziale Sanktionen, wenn sie sich nicht beteiligen würden – bei geringer sozialer Dichte sind es knapp 12 Prozent. In Malawi und Kenia ist derselbe Trend zu beobachten. „So sehr anders läuft es übrigens auch in anderen Weltgegenden nicht“, ergänzt Prisca Jöst. „In meiner Dissertation hatte ich zum Vergleich verschiedene Nachbarschaften in Großbritannien herangezogen. Auch dort konnte ich feststellen, dass Nachbarschaftsbeziehungen und die subjektive Einschätzung der Erwartungen der Gemeinschaft soziales und politisches Handeln stark beeinflussen – in armen Gemeinden übrigens mehr als in reichen.“

Für ihr derzeitiges Projekt kehrt Prisca Jöst nach Tunesien zurück. Das Land interessiert sie seit Jahren sehr, außerdem bestehen seit der LGPI-Pilotstudie gute Kontakte. Es geht ihr nun um Mobilisierung für und Beteiligung an politischem Protest, aber auch um Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktionen. Bei ihrem Besuch im Herbst 2021 untersuchte sie in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, wie sich die Angehörigen verschiedener Nachbarschaften in eine Initiative einbringen, die von Plastikmüll verunstaltete Strände reinigt. Lokale Kräfte gingen dabei in einem reichen und einem Mittelschichtsstadtteil sowie einem Quartier Populaire (Arbeiterviertel) von Tür zu Tür, interviewten die Hausherren und luden sie ein, an der Reinigungsaktion teilzunehmen.

Und sind die Strände denn nun sauberer geworden? „Für den Augenblick ja“, meint Prisca Jöst. „Aber ob die Leute weiter aufräumen gehen, wird sich zeigen. In Tunesien herrscht große Frustration über die sozioökonomische Situation. Die Bereitschaft, sich lokal einzubringen, ist eher gering, selbst bei Kleinigkeiten, die eine Nachbarschaft gut selbst stemmen könnte. Aber was mir wirklich im Gedächtnis geblieben ist: Bei den jungen Leuten war die Beteiligung viel größer als bei den Älteren. Kinder und Jugendliche spielen immer am Strand Fußball, fahren Fahrrad, treffen und Freunde und Freundinnen, und sie wollen sich mit dem Müllproblem nicht mehr abfinden. Deswegen sind sie es, die engagiert dabei waren, gemeinsam etwas zu unternehmen.“ /

↓ Sammelaktion Plastikmüll am Strand, Tunesien



AUS UNSERER FORSCHUNG

Weniger Rechtsstaat – weniger Hilfe: *Die Erosion der Demokratie belastet die europäische Solidarität*

(M. Heermann, S. Koos, D. Leuffen)

Die EU ist auf Solidarität aufgebaut – und auf rechtsstaatlichen Prinzipien. Was geschieht, wenn die beiden in Konflikt geraten? Die Autoren gehen diesem Problem anhand einer Befragung zu europäischer Solidarität in der Coronakrise nach.

Unter dem Eindruck der grassierenden Pandemie fassten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Sommer und Herbst 2020 zwei revolutionäre Beschlüsse. Der 750 Milliarden Euro schwere Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die wirtschaftlichen Verwerfungen der Pandemie zu überwinden. Der Plan begegnet damit der finanziellen Ungleichheit zwischen den Staaten. Der neu geschaffene „Rechtsstaatsmechanismus“ wiederum soll die Auszahlung von EU-Geldern an Mitgliedstaaten an die nationale Einhaltung rechtsstaatlicher Grundprinzipien koppeln.

Ungarn und Polen, Profiteure europäischer Umverteilung, fühlten sich angesprochen und klagten prompt vor dem Europäischen Gerichtshof. Der Europäische Gerichtshof entschied am 16. Februar 2022, dass der Rechtsstaatsmechanismus mit den EU-Verträgen vereinbar sei. Dabei lässt sich eine Verknüpfung europäischer Solidarität mit der Einhaltung fundamentaler EU-Normen sehr gut begründen.

Nach Jahren europäischer Austeritätspolitik ist „Next Generation EU“ ein unerwarteter Beleg europäischer Solidarität. Der Wiederaufbaufonds enthält neben Krediten auch Zuschüsse für besonders von der Krise getroffene EU-Länder, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Was im Zuge der Eurozonenkrisis zu Beginn der Zehnerjahre undenkbar schien, wurde hier erreicht: Die Mitgliedstaaten einigten sich auf gemeinsame Schulden. Rechtlich ist „Next Generation EU“ als einmaliges Instrument verfasst. Politiker*innen wie die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, die den sogenannten „Eurobonds“ ablehnend gegenübergestanden waren, verweisen nun auf die besonderen Umstände der Pandemie und die zeitliche Befristung des Wiederaufbauplans. Andere sehen in dem Plan einen ersten Schritt zu mehr „fiskalischer Integration“, einen „Hamiltonschen Moment“, wie ihn Angela Merkels Nachfolger im Kanzleramt Olaf Scholz in Anspielung auf jenen US-Finanzminister nannte, der die Schulden der amerikanischen Einzelstaaten auf die Bundesebene hob.

Nach Ansicht zahlreicher Stimmen vor allem aus den südlichen Mitgliedstaaten ist ein stärkeres fiskalpolitisches Zusammenrücken zur Konsolidierung der Währungsunion längst überfällig. So könnte etwa ein gut ausgestatteter Eurozonen-Haushalt durch antizyklische Konjunkturprogramme Staaten in der Rezession unter die Arme greifen und gleichsam den gesamten Währungsraum stabilisieren. Die politischen Hürden auf dem Weg zu einer echten europäischen Fiskalunion sind allerdings hoch. Klar ist: Ohne die Zustimmung der Bürger*innen, insbesondere der Nettogeberländer, wird es nicht gehen.

Die wirtschaftlichen Ungleichheiten – und die daraus resultierenden Konflikte – zwischen Nord- und Südeuropa überschatten oft eine andere Krise der EU, nämlich die der Erosion demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in einigen ihrer Mitgliedstaaten. Am weitesten vorangeschritten ist dieser Prozess des „*Democratic Backsliding*“ (in etwa: Zurückfallen der Demokratie) in Ungarn und Polen. Dort beschneiden demokratisch gewählte Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Presse, um das politische System nach ihren Vorstellungen zu ändern und die Chance der Opposition auf einen Wahlsieg zu minimieren. Das V-Dem Institute an der Universität Göteborg stuft Ungarn inzwischen als „elektorale Autokratie“ ein, auch Polen gilt nicht länger als „liberale Demokratie“.

Die EU, gegründet als Gemeinschaft demokratischer Rechtsstaaten, hat es bisher nicht geschafft, wirkungsvolle Mittel gegen die Autokratisierung Ungarns und Polens zu finden. Der Rechtsstaatsmechanismus soll nun Abhilfe schaffen. Zukünftig kann die Europäische Kommission Mitgliedstaaten die Auszahlung von Finanzmitteln verweigern, wenn sie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in den betroffenen Ländern als nicht gewährleistet ansieht. Es bräuchte dann eine qualifizierte Mehrheit aller Mitglied- →

50

staaten, um einen solchen Kommissionsentscheid zu kippen. Da Ungarn und Polen Nettoempfänger sind, ist die Hoffnung groß, nun ein wirksames Druckmittel gefunden zu haben.

Die Verknüpfung fiskalpolitischer Integration – anders ausgedrückt: der bestehenden Geldtöpfe zum Ausgleich regionaler Wohlstandsgefälle – mit der Einhaltung fundamentaler Normen in der EU lässt sich normativ sehr gut begründen. Dass *Democratic Backsliding* nicht mit einer Fiskalunion vereinbar ist, deckt sich auch mit manchen staatsbezogenen Gerechtigkeitstheorien. So argumentiert der Philosoph Thomas Nagel, dass Gerechtigkeit etwas sei, das wir im Rahmen geteilter Institutionen nur denjenigen schuldeten, mit denen wir in enger politischer Verbindung stehen. Solidarität in der EU erfordert demnach ein gemeinsames Verständnis geteilter Normen und die Bereitschaft zur wechselseitigen Hilfe. Diese Grundlage ist nicht gegeben, wenn demokratische Prinzipien missachtet werden, die als Grundwerte in den EU-Verträgen verankert sind.

In einer Studie zur Umverteilungsbereitschaft während der Coronakrise zeigen wir, dass die europäischen Bürger*innen solch abstrakt anmutende Gedanken durchaus teilen. In einer vom Inequality-Cluster geförderten Befragung haben wir untersucht, unter welchen Bedingungen Wähler*innen in Deutschland während der Pandemie finanzielle und medizinische Hilfen für andere Staaten unterstützen. Wir haben den Teilnehmer*innen verschiedene hypothetische Länder vorgestellt, die solche Hilfen erhalten würden. Dann haben wir gefragt, inwieweit die Befragten Hilfen für diese Länder unterstützen würden. Es zeigte sich, dass die Deutschen jenseits der für Deutschland anfallenden Kosten besonders sensibel auf zwei Themen reagierten:



Max Heermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik der Universität Konstanz.



Sebastian Koos ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Bewegungen an der Universität Konstanz und PI des Clusters.



Dirk Leuffen ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik an der Universität Konstanz und PI des Clusters.

Zum einen sank die Hilfsbereitschaft, wenn die Teilnehmer*innen darüber informiert wurden, dass ein mögliches Empfängerland rechtsstaatliche Prinzipien verletzte. Zum anderen forderten sie Reziprozität: Die Hilfsbereitschaft gegenüber einem Land, das sich in der jüngeren Vergangenheit nicht an einer Umverteilung von Geflüchteten beteiligt hatte, sank signifikant. Für uns illustriert dies: Die Bürger*innen sehen Fairness-Kriterien verletzt, wenn sich Staaten nicht an Grundwerten orientieren, denen sie selbst durch den Beitritt zur EU zugestimmt haben.

Unsere Ergebnisse zeigen: Mehr fiskalische Integration nach dem Vorbild „Next Generation EU“ kann es nur geben, wenn die Einhaltung liberaldemokratischer Normen in der gesamten Union gewährleistet ist. Die Resultate lassen darauf schließen, dass der Grundgedanke hinter dem Rechtsstaatsmechanismus zumindest in den Nettogeberländern der EU auf breite öffentliche Unterstützung zählen kann.

Die Debatten über die zukünftige wirtschafts- und haushaltspolitische Ausrichtung der EU auf der einen und um die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf der anderen Seite dürfen daher nicht länger separat geführt werden. Sie sind normativ wie politisch eng verknüpft. Für die demokratische Legitimation eines solidarischen und sozialen Europa braucht es die Unterstützung der europäischen Bürger*innen. Das erfordert die Einhaltung zentraler Spielregeln. Dies ist freilich im Sinne aller Menschen in der EU, auch wenn sich aktuell noch einzelne Regierungen aus Eigennutz dieser Logik widersetzen. /

↓ EU-Flagge an einer Straßenbahn in Warschau:
Stiller Widerstand gegen die Anti-EU-Rhetorik der Regierung



Statement der Universität Konstanz:
 „Wir sind in großer Sorge um die Menschen in der Ukraine, darunter viele Wissenschaftler*innen und Studierende aus unseren Partnerhochschulen. Unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung.“
 Statement by the University of Konstanz:
 “We are very concerned about the people in Ukraine, including many academics and students from our partner universities. Our solidarity is with the Ukrainian people.”

Weil man diesen traumhaften Blick auf die Insel Mainau einfach immer wieder zeigen muss!
Because we can't not share this wonderful view on the Isle of Mainau!



Unsere Forschenden
Our Early Career Researchers



Die Cluster-Gemeinschaft unterstützt durch persönliches Engagement und stellt Mittel aus dem Hardship-Fund für Forschende aus der Ukraine bereit. *The Cluster community lends personal support and funds from the Hardship Fund to researchers from Ukraine.*



PERSPEKTIVEN



Immer der beste Treffpunkt:
 das Cluster Café
*Always the best place to meet up:
 the Cluster Café*

PERSPECTIVES



Hier arbeiten wir: am Rand des Campus, direkt im Grünen,
Where you can find us: right next to nature on the campus outskirts.

Unsere Principal Investigators
Our Principal Investigators

